Mord an Sarah Everard – fight sexism, abolish police & capitalism

Worum geht’s?

Am Abend des 3. März wurde die 33-jährige Sarah Everard auf ihrem Heimweg im Londoner Clapham entführt und ermordet. Ihre Leiche wurde eine Woche später in einem Wald in Kent gefunden. Einige Tage nach dem Mord wurde der mutmaßliche Mörder, Wayne Couzens, festgenommen und Ermittlungen wegen dringenden Tatverdachts eingeleitet. Wayne Couzens ist Metropolitan Police-Officer. Er hatte vor dem Angriff auf Sarah bereits mehrfach Frauen sexuell belästigt und sich z.B. in der Öffentlichkeit vor ihnen entblößt. Anzeigen, die von den Frauen gegen ihn erstattet wurden, liefen ins Leere. Couzens blieb ungestraft und arbeitete weiter im polizeilichen Dienst. Mittlerweile befindet sich der Mann in Untersuchungshaft und ein Gerichtsverfahren gegen ihn wird vorbereitet.

Niederschlagung der Proteste

Kurz nach dem Fund von Sarahs Leiche und der Ermittlung des Tatverdächtigen riefen Aktivst_Innen zu einer friedlichen Mahnwache im Londoner Stadtteil Clapham auf. Die Polizei hatte diese im Vorhinein untersagt, wobei sie die Corona-Regeln zum Infektionsschutz als Begründung anbrachte. Dass die Organisator_Innen von vornherein geschulte Ordner_Innen zur Durchsetzung der Hygienemaßnahmen stellen wollten, wurde nicht akzeptiert. Die Anwält_Innen der Organisator_Innen appellierten an das Gericht, das polizeiliche

Verbot zu kippen. Dieses lehnte ab, entschied aber, dass die Polizei zwar das Recht habe, die Demonstration zu verbieten, dies aber nicht das Recht auf Demonstration nach dem Menschenrechtsgesetz aushebeln würde.

Trotz des Verbotes versammelten sich am 13. März tausende mehrheitlich weibliche Teilnehmer_Innen. Die örtliche Polizei kam hinzu, mit dem Ziel, die Versammlung aufzulösen- weiterhin mit der Begründung, dass aufgrund der aktuellen Coronalage eine zu große Infektionsgefahr von der Versammlung ausgehe, obwohl die Anwesenden Masken trugen und auf Abstände achteten. Die Beamt_Innen gingen dabei mit voller Härte vor. Teilnehmer_Innen der Mahnwache wurden zu Boden gedrückt, geschlagen und abgeführt. Viele Videos und Bilder kursierten danach im Internet und bezeugten die Gewalt, die die Polizei gegen die mehrheitlich weiblichen Teilnehmer_Innen ausübte.

Entstehung einer neuen Bewegung?

Die Nachricht von Sarahs Ermordung führte zu einer neuen #MeToo-ähnlichen Bewegung auf der ganzen Welt, mit Hunderttausenden von Frauen, die sich in den sozialen Medien über ihre eigenen Erfahrungen äußerten, sich unsicher zu fühlen, wenn sie nachts nach Hause gehen und von Übergriffen durch Männer berichteten. Viele solidarisierten sich auch mit den Protestierenden an der Mahnwache in Clapham und das Verhalten der Polizei rückte in den Fokus harscher Kritik. So goss der Vorfall auch Öl ins Feuer bezüglich eines neuen britischen Polizei-, Strafverfolgungs- und Gerichtsgesetzes, welches sich parallel zu den Geschehnissen Anfang März im Prozess der Verabschiedung befand.

Angriff auf demokratische Rechte

Das von der rechts-konservativen Tory-Regierung eingebrachte „Gesetz

über Polizei, Kriminalität, Verurteilung und Gericht“ sieht strengere Strafen für schwere Verbrechen vor, beendet die Politik der vorzeitigen Freilassung von Straftätern und verhindert unter anderem unbefugte Camp-Lager wie z.B. Protest-Camps. Es sieht aber auch eine Ausweitung der Befugnisse der Polizei vor, wenn es um die Durchführung und Einschränkung von Protesten geht.

Der Gesetzentwurf erlaubt es der Polizei, Veranstaltungen und Demonstrationen zu verbieten, die nach ihrem Urteil „absichtlich oder rücksichtslos ein öffentliches Ärgernis“ verursachen oder „ernsthafte Belästigung [oder] ernsthafte Unannehmlichkeiten für die Öffentlichkeit oder einen Teil der Öffentlichkeit“ darstellen. Auch sollen die Strafen für Verstöße gegen polizeiliche Auflagen bei Demonstrationen erhöht werden. Eine Verurteilung wegen Widerstands gegen die Polizei in solchen Angelegenheiten kann mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 10 Jahren geahndet werden.

Außerdem gibt es Abschnitte, die sich mit „Ein-Personen-Protesten“ befassen, wobei es auch hier dem Ermessen der Polizei überlassen wird, ob diese Proteste „ernsthaftes Unbehagen“ bei anderen hervorrufen könnten.

Die Vorschläge beinhalten außerdem Maßnahmen, um Proteste vor dem Parlament zu verhindern.

Das neue Gesetz würde der Polizei also viele umfassende Befugnisse bieten. Dabei wird viel ihrem eigenen Ermessen überlassen und es ihnen ermöglichen, Proteste zu kriminalisieren, die sie als „öffentliches Ärgernis“ betrachten.

Die

Polizei könnte beispielsweise Zeit- und Lärmgrenzwerte für Kundgebungen festlegen. Demonstrant_Innen, die sich nicht an Beschränkungen halten, über die sie „Bescheid wissen sollten“, selbst wenn sie keinen direkten Befehl von einem Beamten erhalten haben, wären strafbar.

Neben diesen grotesken Polizeireformen kündigte die Regierung eine Reihe neuer Maßnahmen an, die angeblich dem „Schutz der Frauen“ dienen sollen. Die extremste dieser Maßnahmen ist, dass ausgerechnet Polizeibeamte in Zivil in Nachtclubs und Bars eingesetzt werden sollen. Mit der kombinierten Wut gegen den Everard-Mord sowie die Polizeigesetze und die weitere Überwachung der Öffentlichkeit durch die Polizei, verdichteten sich die Anti-Polizeiproteste zu einer greifbaren Bewegung, mehr als je zuvor in den letzten Monaten.

Dieses Gesetz wurde zwar mittlerweile aufgrund der anhaltenden Proteste ausgesetzt, jedoch ist absehbar, dass die Regierung spätestens im Falle eines Abflauens der Bewegung dieses wieder aus der Schublade hervorholen wird.

Dieser Gesetzesentwurf ist eine direkte Reaktion auf das Protestgeschehen der vergangenen zwei Jahre. Protest-Camps, Massenblockaden von Straßen, Brücken oder von Eingängen waren Aktionsformen zivilen Ungehorsams, die wir in den vergangenen Jahren vermehrt z.B. im Zuge von Extinction Rebellion und der Umweltbewegung sehen konnten und genau die Art von „öffentlicher Störung und Unruhe“, die dieses Gesetz umschließen soll. Die Gesetzesvorlage ermöglicht es auch, dass diejenigen, die Denkmäler beschädigen, zu bis zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Diese Bestimmung kommt, nachdem eine Statue zum Gedenken an einen Sklavenhändler, Edward Colston, letztes Jahr während einer Demonstration der Black Lives Matter-Bewegung in Bristol gestürzt wurde.

Wenn
es dem Ermessen der Polizei überlassen wird, das Recht auf Protest zu erteilen oder zu entziehen, ist das ein grundsätzlicher Angriff auf dieses demokratische Recht an sich und verunmöglicht es uns, unsere Forderungen und Kämpfe auf die Straße zu tragen. Um zu verstehen, wieso, muss man sich die Rolle der Polizei genauer anschauen.

Wem dient die Polizei?

Ein zentraler Aspekt der Polizei ist es, die gesellschaftlichen Verhältnisse, so wie sie sind, aufrecht zu erhalten. Das beinhaltet auch die Besitzverhältnisse, sowie den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus. Bewegungen, die in ihrem Kern gesellschaftliche Verhältnisse anzweifeln und überwinden wollen, sind eine Bedrohung für diese Verhältnisse und müssen aus Sicht des Staates unschädlich gemacht werden. Die Polizei ist Handlanger_In eines Systems, welches Menschen unterdrückt, welches Sexismus, Rassismus, Homophobie, Antisemitismus und viele weitere Formen der Diskriminierung und Unterdrückung hervorbringt und reproduziert. Wenn es im Ermessen des bewaffneten Armes des bürgerlichen Staates liegt, was Recht und was Unrecht ist, welcher Protest stattfinden kann, welcher nicht, dann wird diese Entscheidung immer im Interesse der herrschenden Verhältnisse, des Staates und der Regierung ausgehen. Das bedeutet in der Praxis, wie auch der Angriff auf die Mahnwache in Clapham zeigte, dass selbst friedlicher Protest mit fadenscheinigen Begründungen zerschlagen werden kann, wenn er nicht erwünscht ist. Die Möglichkeit, dass wir uns gegen Missstände organisieren, zusammenfinden und dafür eine Öffentlichkeit schaffen auf der Straße, wird mit dem neuen Gesetz an die Billigung der Polizei gekoppelt. Solche Proteste sind aber ein zentrales Mittel, gegen diese Missstände anzukämpfen und das unbedingte Recht darauf muss verteidigt werden.

**Zur
Lage in Deutschland**

Der
Mord an Sarah Everard, die daraus entstandene Bewegung, die Angriffe

der Polizei auf Demonstrationen, die Verschärfung der Polizeigesetze – all dies passiert oder passierte bereits in verschiedensten Ländern auf der Welt. Die dagegen aufbegehrenden Bewegungen gehören unweigerlich zusammen, sie müssen sich solidarisieren, sie müssen sich unterstützen und gemeinsam organisieren.

In Deutschland wurde in den letzten Jahren nach und nach in den einzelnen Bundesländern eine Novellierung der Polizeigesetze beschlossen, welche die Mittel und Befugnisse der Polizei ausgeweitet haben. Landesweite Massenproteste konnten hier die Gesetzesänderungen jedoch nicht verhindern, weil diese vereinzelt und atomisiert waren, es nicht zum Aufbau einer schlagkräftigen, bundesweiten Bewegung kam (obwohl unter Anderem in Bayern und NRW auch Massenproteste mit Zehntausenden stattfanden) und auf systemkonforme Demonstrationen beschränkt blieben. Aktuell wird im Bundestag über einen bundesweiten Gesetzesentwurf für ein neues Polizeigesetz debattiert, welches unter anderem auch die Einführung des Staatstrojaners (staatliche Spionagesoftware) bundesweit vorsieht. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Gesetz noch vor den Bundestagswahlen im September durch den Bundestag gewunken wird.

Es ist kein Zufall, dass die Erweiterung der Polizeibefugnisse, der Ausbau der Überwachung und Angriffe auf unsere demokratischen Rechte ausgerechnet jetzt während der Pandemie stattfinden. Wir befinden uns mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Alle Staaten sahen sich im Zuge der Lockdowns gezwungen, riesige Rettungs- und Konjunkturpakete für die Wirtschaft umzusetzen und Milliarden an Schulden aufzunehmen. Die Kosten der Krise müssen wir Arbeiter_Innen und Jugendlichen dann zahlen, weshalb die Herrschenden die pandemische Lage für Angriffe auf unsere demokratischen Rechte und für den Ausbau der Polizei nutzen, um zukünftige Proteste und Bewegungen effektiver niederschlagen zu können.

Hier

lässt sich im Übrigen noch ein Aspekt aus der Coronapandemie mit einbringen, der auch am Anfang schon genannt wurde: Auch im Zuge des Infektionsschutzes wurden Kundgebungen und Demonstrationen untersagt, eingeschränkt und angegriffen, auch hier in Deutschland. Man mag sich über das Verbot von Querdenken-Demos freuen, aber wenn man die Sache zu Ende denkt, dann kann das Verbot natürlich auch gegen linken und progressiven Protest verwendet werden, wie wir es bspw. bereits in Hanau und Berlin gesehen haben. Trotz oder gerade wegen der Pandemielage ist es zentral, die Möglichkeit zur Äußerung von Protest auf der Straße und Versammlungen unter entsprechen Hygienemaßnahmen aufrecht zu erhalten. Wenn die Regierung wie in England die "Gunst der Stunde" nutzen will, um ihr Gesetz durchzubringen und gleichzeitig Protest dagegen unter dem Vorwand des Infektionsschutzes kriminalisiert, dann müssen wir infrage stellen, wer eigentlich über die Maßnahmen entscheidet und diese durchsetzt.

Wie kann die Bewegung erfolgreich sein?

Die Geschehnisse in Großbritannien zeigen auf, dass verschiedene Formen der Unterdrückung und der Repression miteinander in Verbindung stehen. Sie zeigen konkret, dass wir den Kampf gegen Sexismus und den Kampf gegen Angriffe auf demokratische Rechte nicht getrennt voneinander betrachten, sondern diese zusammenführen und mit dem Kampf gegen die gemeinsame Ursache dieser Probleme verknüpfen müssen: Den Kapitalismus.

Bei ihrem Kampf brauchen die Unterdrückten dringend Solidarität – nicht nur in London oder dem UK, sondern auch hier und überall auf der Welt – denn die Unterdrückung der Frau, wie auch der Ausbau des Polizeiapparates, ist kein spezifisch britisches, sondern ein globales Problem, das auch global und international bekämpft werden muss!

Die

Idee und Forderung flächendeckender
Streiks
muss jetzt in der Klasse verbreitet werden,
damit die Bewegung auch ökonomischen Druck erzeugen kann, um ihre Forderungen durchzusetzen.
Zur Organisierung einer internationalen Bewegung braucht es Aktionskomitees in allen Wohnvierteln, die auf Massenversammlungen gewählt
werden, diesen
verantwortlich und von ihnen wieder abwählbar sind. Dasselbe braucht es auch auf Ebene
der Betriebe, Unis und Schulen,
insbesondere zur Vorbereitung und Durchführung von Streiks.

Da
wir uns auf den Staat und die Polizei nicht verlassen dürfen,
braucht es Selbstverteidigungsstrukturen der Arbeiter_Innenklasse,
die von der Bewegung und ihren Strukturen kontrolliert werden. Den organisierten Selbstschutz braucht es nicht zuletzt auch, um wenn nötig die tatsächliche Niederschlagung der Bewegung durch den Staat zu verhindern.

Neues Abtreibungsrecht in Polen – dunkle Zukunft für Frauen

Arya Wilde, Fight! Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 9

Der 27. Januar 2021 erwies sich als ein dunkler Tag in der polnischen Geschichte. Ein fast vollständiges Abtreibungsverbot trat in Kraft, das Frauen die Rechte über ihren Körper verweigert und dies mit dem Begriff „Pro Life“ verherrlicht. Kämpferische

Proteste, die im ganzen Land nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs ((Trybunał Konstytucyjny; Verfassungstribunal) vom 22. Oktober stattfanden, hatten dessen Inkrafttreten über Monate verzögert. Ende Januar veröffentlichte Staatspräsident Andrzej Duda jedoch den Gerichtsbeschluss, der somit in Kraft tritt.

Bedeutung des Gesetzes

Mit der neuen Entscheidung wurde eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas weiter verschärft. Schon seit Jahrzehnten werden bei einer Bevölkerung von 38 Millionen höchstens 2.000 Schwangerschaftsabbrüche legal durchgeführt, im Jahr 2019 1.100. 97 % fanden aufgrund Missbildung des Fötus statt, was nun verboten ist. Die geschätzte Gesamtzahl von Abtreibungen liegt Frauenrechtler_Innen zufolge bei mindestens 150.000/Jahr. Konkret müssen also zehntausende Polinnen im Untergrund oder mit Abtreibungspillen zu Hause abtreiben bzw. nach Deutschland oder Tschechien fahren. Nun dürfen nur noch Frauen, deren Gesundheit oder Leben gefährdet ist oder die infolge einer kriminellen Handlung schwanger wurden, legal Abtreibungen vornehmen lassen. Alle anderen, Frauen mit finanziellen, sozialen Hindernissen oder jene, die einfach kein Kind wollen, haben nicht das Recht, sich zu weigern, eines auf die Welt zu bringen.

Situation in Polen

In Polen ist seit 2015 die rechtskonservative Prawo i Sprawiedliwość (kurz: PiS: dt.: Recht und Gerechtigkeit) an der Regierung und wurde damals von 37,6 % gewählt. Aufgrund des undemokratischen Wahlrechts reichte dies zur absoluten Mehrheit im Parlament. Der Erfolg der PiS ist auch Ausdruck des internationalen Rechtsrucks. Die seitdem verabschiedeten reaktionären Gesetze und unternehmensfreundliche Politik sorgten aber nicht für einen Umschwung, nicht zuletzt dank einiger Zugeständnisse auch an ärmere

konservative Wähler_Innenschichten (Familienunterstützung). Vielmehr vollzog sich der Rechtsruck weiter und bei der Wahl 2019 gewann die PiS nochmals 6 % der Stimmen hinzu. Zum Vergleich: Lewica, das linke Wahlbündnis aus SLD, Wiosna, Razem, Polska Partia Socjalistyczna (PPS) u. a., erhielt insgesamt 12,6 %.

Im Rahmen der PiS-Legislatur wurden sehr viele Gesetze erlassen, die das öffentliche Leben sowie die Institutionen verändern. Eine der ersten Institutionen, die fundamentalen Veränderungen ausgesetzt war, war das Verfassungsgericht. Zwischen Oktober 2015 und Dezember 2016 brachte die PiS sechs Gesetze durch, die diesen Gerichtshof betrafen. Ebenso wurde in den letzten fünf Jahren seine Zusammensetzung maßgeblich verändert. Von 15 Richter_Innen wurden 14 durch die aktuelle Regierungsmehrheit ernannt.

Warum werden Abtreibungen verboten?

Seit 2016 hat die PiS immer wieder Versuche unternommen, das Abtreibungsgesetz zu verschärfen. Dieses wurde aber aufgrund der massiven Gegenbewegung und Frauenstreiks nicht umgesetzt. 2019 wurde dann der Antrag eingereicht, dass das kontrollierte Verfassungsgericht die Frage der Abtreibung ein für alle Mal klären sollte. Fast ein Jahr nach Einreichung des Antrags traf der Verfassungsgerichtshof seine Entscheidung – inmitten der Corona-Pandemie. Diese aggressive reaktionäre Politik entspricht dem rechtspopulistischen Charakter der gegenwärtigen Regierung.

Mit dem faktischen Totalverbot von Abtreibungen geht es auch darum, eine reaktionäre, kleinbürgerliche Massenbasis bei der Stange zu halten und gegen eine angebliche Bedrohung von außen zu mobilisieren. Nationalismus und vor allem der Katholizismus bilden hierfür die ideologischen Anknüpfungspunkte, um eine klassenmäßig heterogene Anhänger_Innenschaft – von der eigentlichen Elite und Staatsführung bis zu kleinbürgerlichen Schichten und rückständigen Arbeiter_Innen in Stadt und Land – zu sammeln. Daher finden sich im Schlepptau von Kirche und PiS auch die extrem nationalistischen und

faschistischen Kräfte unter den Abtreibungsgegner_Innen, die seit Jahren sexuell Unterdrückte und deren Aktionen angreifen – geduldet oder gar ermutigt von Polizei und Kirche.

Dem Volksglauben nach ist der Grund für das Abtreibungsgesetz rein religiöser Natur. Es ist aber offensichtlich, dass es beim Antiabtreibungsmythos nicht um das Wohl ungeborener Kinder geht. Vielmehr geht es um den Erhalt einer patriarchalen Ordnung. Die bürgerliche Familie muss um jeden Preis gestärkt werden. Das passiert nicht aus Liebe oder „christlichen Werten“. Das Abtreibungsverbot fesselt Frauen länger an den Herd und raubt ihnen die Entscheidung, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Davon profitiert die herrschende Klasse, dass durch die Stärkung der Familie Reproduktionskosten auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt werden können. Ebenso ist sie eine Garantin dafür, im nationalen Rahmen billige Arbeitskräfte für die Zukunft zu schaffen und in ihr Gehorsam und Unterordnung zu verinnerlichen.

Gleichzeitig trifft das Verbot nicht alle Frauen gleich. Für die Mehrheit der Arbeiterinnen werden Abtreibungen unter extrem unsicheren Bedingungen durchgeführt, da sie es sich oftmals nicht leisten können, medizinische Versorgung in einem anderen Land wahrzunehmen. Ebenso ist der Zugang zu Verhütungsmitteln eingeschränkter aufgrund der Kosten. Für Bourgeoisie und Kleinbürger_Innen gilt das Verbot auch, sie verfügen jedoch eher über die nötigen Verbindungen und Mittel, um eine Wahl zu treffen.

Gegenproteste

Wie bereits geschrieben, konnten die vorherigen Angriffe auf das Abtreibungsrecht abgewehrt werden. 2016 wurde vom Ogólnopolski Strajk Kobiet (Allpolnischer Frauenstreik) und anderen Gruppen der „Schwarze Protest“ organisiert. Als das Gesetz zum verschärften Abtreibungsverbot debattiert wurde, mobilisierte dieser wochenlang 100.000 Demonstrant_Innen, nicht nur Frauen, sondern auch unterstützende Männer und die LGBT-Gemeinschaft. Die Proteste

hatten teilweise Erfolg, insofern sie eine Verzögerung der Umsetzung bewirkten.

Als im Oktober 2020 das Urteil dann erklärt wurde, löste dies erneut landesweite Proteste aus – es waren die größten seit Solidarnośćs-Streiks und Betriebsbesetzungen in den frühen 1980er Jahren. Nicht nur in Warschau, sondern in rund 150 Städten wurden Proteste organisiert. So fanden Straßenblockaden statt und am 28. Oktober gipfelten die Aktion in einem gesamtpolnischen Frauenstreik unter dem Motto: „Nie idę do roboty“ („Ich werde nicht arbeiten gehen!“). Die Proteste wurden mit schwerer Polizeibrutalität beantwortet, die im Laufe der Zeit zunahm. Demonstrantinnen wurden in Gewahrsam genommen und von konservativen Parteichef_Innen als „Usurpatorinnen“ bezeichnet, da dies ein direkter Angriff auf Polen und die Kirche sei. Bis in den Dezember hinein kam es immer wieder zu größeren Demos, spontanen Blockaden und Auseinandersetzungen. Durch Polizeirepression und Maßnahmen unter dem Deckmantel des „Infektionsschutzes“ vor Covid-19 wurde versucht, den Protest zu ersticken. Am Mittwoch, dem 27. Januar, als das Urteil des Verfassungsgerichts im Gesetzblatt veröffentlicht wurde, brach er auf ein Neues aus.

Wie geht es weiter?

Zwar mag die Pandemie die Mobilisierung in gewisser Form schwächen. Doch laut Umfragen lehnen fast 70 % der polnischen Bevölkerung nicht nur die Gesetzesverschärfungen ab, sondern stimmen auch der Aussage zu, dass Frauen selbst das Recht haben sollten zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft abbrechen. Es wurden Online-Plattformen geschaffen, die nicht nur auf das Abtreibungsverbot aufmerksam machen, sondern auch den Einfluss der Kirche auf die Regierung, Rechte für Menschen mit Behinderungen und den Kampf gegen Homophobie thematisieren. Ebenso hat das Bündnis des Allpolnischen Frauenstreiks am 1. November einen Konsultativrat (Rada Konsultacyjna) gebildet. Vorbild dafür ist der auf Vorschlag von

Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja ausgerufene Koordinierungsrat (Kaardynacyjnaja Rada), der 2020 in Belarus nach der Präsidentschaftswahl während der Proteste gegründet worden ist. Das Ziel: unabhängig von Parteien als Mittler zwischen Regierung und Protestierenden eine Einigung zu finden.

Seine Forderungen:

(1) die Situation des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichtshofs und der Ombudsperson zu regeln.

(2) Mehr Mittel für den Gesundheitsschutz und die Unterstützung von Unternehmer_Innen.

(3) Volle Frauenrechte – legale Abtreibung, Sexualerziehung, Empfängnisverhütung.

(4) Stopp der Finanzierung der katholischen Kirche aus dem Staatshaushalt.

(5) Ende des Religionsunterrichts an Schulen.

(6) Rücktritt der Regierung.

Welche Strategie bringen Gesetz und Regierung zu Fall?

Auch wenn der Koordinierungsrat für eine Vermittlungslösung mit der Regierung offen ist, so ist der Spielraum für einen Kompromiss mit der Regierung bei den sechs Forderungen gering. Es besteht aber die Gefahr, dass die Aktivist_Innen auf wahrscheinlich fruchtlose Verhandlungen vertröstet werden.

Damit der Protest nicht versandet, sondern weitergeführt wird, muss er vielmehr ausgeweitet werden. Der Frauenstreik vom 28. Oktober stellt einen wichtigen Ansatz dar. Doch er darf kein einmaliges

Ereignis bleiben, sondern es muss Ziel sein, die Protestbewegung in den Betrieben und Büros zu verankern. Dort sollten Versammlungen einberufen werden, um die Arbeitsniederlegung zu organisieren und Streikkomitees zu wählen. Die Frage des Eintretens für die Rechte der Frauen und vor allem der Arbeiterinnen bedeutet in den Betrieben und in der Arbeiter_Innenklasse zugleich auch einen Kampf, Lohnabhängige von den Gewerkschaften wegzubrechen, die die PiS unterstützen, und für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung unabhängig von allen bürgerlichen Parteien einzutreten.

Der Allpolnische Frauenstreik muss Druck auf alle regierungskritischen Gewerkschaften, insbesondere auch die OPZZ, ausüben. Ziel ist es, sie dazu zu bringen, sich nicht nur mit der Bewegung zu solidarisieren, sondern offen für den Kampf einzutreten und ihre Mitglieder zu mobilisieren. Die Waffe des Streiks, also das Stocken der Profitproduktion, ist das effektivste Druckmittel gegen die PiS. Durch die Einberufung von Vollversammlungen an Unis, Schulen und in Betrieben (die auch online durchgeführt werden können), wird zusätzlich erreicht, dass mehr Menschen in ihrem direkten Alltag mit den Inhalten des Protestes konfrontiert und diese alltäglichen Orte politisiert werden. Gegen die Repressionen seitens des polnischen Staates sowie zur Abwehr drohender rechter Angriffe müssen demokratisch organisierte Selbstverteidigungskomitees aufgestellt werden, die die Mobilisierungen schützen.

Gleichzeitig bedarf es innerhalb der Bewegung einer Debatte über die Strategie, mit welcher man die oben genannten Forderungen umsetzt. Als Revolutionär_Innen unterstützen wir einige der Forderungen wie das Recht auf Abtreibung, das Ende der Finanzierung der Kirche aus dem Staatshaushalt oder des Religionsunterrichts an Schulen ohne Wenn und Aber. Jedoch hegen wir keine Illusionen darin, dass sich durch den Rücktritt einzelner Minister_Innen etwas ändert. Die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung wirft aber ebenso die Frage auf, was danach kommen soll. Würde die PiS-Regierung bei etwaigen Neuwahlen bloß durch die neoliberale Bürgerkoalition

ersetzt, so würde sich für die Masse der Arbeiter_Innenklasse wenig ändern.

Wenn der Protest erfolgreich ausgeweitet werden soll, muss nicht nur in Betrieben mobilisiert, es müssen ebenso klare Forderungen im Interesse der Lohnabhängigen aufgeworfen werden. Statt Unterstützung für Unternehmer_Innen in der aktuellen Corona-Krise braucht es einen Kampf gegen Lohnkürzungen und Entlassungen. Neben ihrer Legalisierung sollte die Finanzierung von Abtreibung oder Verhütungsmitteln nicht auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt werden, dadurch dass diese sie selber zahlen oder ihre Kosten durch Steuern aufgebracht werden. Vielmehr müssen sie von jenen finanziert werden, die von der aktuellen Krise profitieren. Statt also insgesamt ein Bündnis mit liberalen Teilen der Bourgeoisie zu suchen, müssen die Forderungen klar aufzeigen, dass die herrschende Klasse die Kosten tragen soll.

Die Gründung des Rada Konsultacyjna zur Koordinierung der Proteste ist sinnvoll. Allerdings bedarf es einer stetigen Wähl- und Abwählbarkeit seiner Delegierten sowie ihrer vollständigen Rechenschaftspflicht. Wichtig ist ebenso, dass dieser Rat mit Aktions- und Betriebskomitees verbunden wird und sich aus deren Aktivist_Innen zusammensetzt, also sich zum Arbeiter_Innenrat mit eigenen Machtbefugnissen entwickelt, weg von einer Lobby, die nur Druck auf Parlament, Regierung und Gerichte ausüben will. Ebenso klar muss sein, dass er keine „Vermittlerrolle“ zwischen Regierung und Protestierenden einnehmen darf. Er muss Ausdruck der Protestierenden sein mit dem Ziel, die sich selbst gegebenen Forderungen durchzusetzen mithilfe der Arbeiter_Innenklasse, und etwaige Verhandlungen öffentlich führen. Es ist die Aufgabe von Revolutionär_Innen im Rahmen des Protestes für den Aufbau einer proletarischen Frauenbewegung und einer neuen revolutionären Arbeiter_Innenpartei einzutrete

Pan y Rosas: Zwischen Reform und Revolution?

*Aventina Holzer, Arbeiter*innenstandpunkt, REVOLUTION Österreich, Fight 9, März 2021*

Seit Jahren nehmen nicht nur Angriffe auf Frauenrechte zu, sondern stellen sich auch Bewegungen in unterschiedlichen Ländern dieser Realität. Dies hat auch zu einer Wiederbelebung linker Strömungen geführt, die darauf eine Antwort geben wollen. Auf der einen Seite wird versucht, die Bewegungen zu unterstützen und zu analysieren, auf der anderen sie loszutreten, sie zu befeuern und in eine richtige Richtung zu lenken. Was die wenigsten Organisationen und Strömungen aber begreifen, ist die Notwendigkeit, Frauenkämpfe nicht nur abstrakt im Zusammenhang mit dem Kapitalismus zu sehen, sondern auch dementsprechend revolutionäre und klassenspezifische Organisierung zu erreichen. Deshalb halten wir es für zentral, in eine politische Debatte mit jenen Kräften zu treten, die diesen Anspruch an sich selbst und die Bewegung stellen. Schon in früheren Publikationen haben wir uns mit programmatischen Manifesten und Theorien beschäftigt, die selbst einen antikapitalistischen, sozialistischen oder marxistischen Anspruch formulieren. So diskutierten wir in der letzten Ausgabe von *Fight!*
das Manifest *Feminismus der 99 %.* Im *Revolutionären Marxismus 53* beschäftigten wir uns mit Lise Vogels *Marxismus und Frauenunterdrückung* und der Social Reproduction Theory.

Brot und Rosen

Im Folgenden besprechen wir das 2013 in Argentinien erschienene

Buch *Brot und Rosen: Geschlecht und Klasse im Kapitalismus* (1) von Andrea D'Atri, dessen deutsche Übersetzung 2019 veröffentlicht wurde. Andrea D'Atri ist eine Aktivistin der argentinischen Frauenbewegung und eine Genossin der Frauenorganisation Pan y Rosas (Brot und Rosen) sowie der Partido de los Trabajadores Socialistas (Partei der sozialistischen ArbeiterInnen, PTS). Als eine der Gründerinnen von Brot und Rosen hat sie auch einen beachtlichen theoretischen Beitrag ihrer Organisation geleistet. Im Folgenden werden wir ihr Buch hinsichtlich ihres historischen Verständnisses und ihrer Programmatik untersuchen, aus denen sich maßgeblich ihre Vorstellungen für den anvisierten politischen Kampf ergeben. Im Anschluss werden wir daher auch auf die programmatischen Grundlagen und Schlussfolgerungen des *Internationalen Manifests von Brot und Rosen* eingehen.

Auch wenn Andrea D'Atris Buch nicht das Produkt eines gemeinsamen Beschlusses der gleichnamigen Organisation ist, so kann man es durchaus als die politische Grundlage des *Manifests von Brot und Rosen* betrachten. Es beginnt mit einer Geschichte von Frauenkämpfen. Mit einer Mischung aus historischem Gesamtblick und einzelnen biographischen Erzählungen sollen aus einer proletarischen Perspektive die Zugänge zum Kampf um Frauenbefreiung und Feminismus erläutert werden. Beginnend mit Getreideaufständen in Europa und gefolgt von der Französischen Revolution, über die Industrialisierung, die Pariser Commune bis hin zum Kampf für die demokratischen Rechte der Frau wird an episodischen Einzelschicksalen die Situation und die Notwendigkeit der Kämpfe verdeutlicht. Danach werden des Weiteren die Kriegssituation und auch die Kämpfe der sozialistischen Frauenbewegung anhand der Organisationen und Debatten der Zweiten Internationale dargestellt. Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit der Sowjetunion und Frauenrechten. Im weiteren Verlauf wird auch deren stalinistische Degeneration beleuchtet. Schließlich werden die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg, der Aufschwung der Linken nach 1968, das damit verbundene Anwachsen und

die Radikalisierung des Feminismus betrachtet. Am Ende findet sich eine Kritik des institutionalisierten Feminismus wie des mit Postmodernismus, Dekonstruktivismus und Postmarxismus einhergehenden Vordringens von Individualismus und Skeptizismus.

Dieser Überblick verdeutlicht schon, worum es sich beim Buch handelt – und worum nicht. *Brot und Rosen* ist sowohl eine geschichtliche Darstellung der Frauenunterdrückung und der Entwicklung des Kampfes dagegen wie der Entwicklung des Feminismus. Oft erscheinen auch die linken Strömungen des Feminismus als synonym mit revolutionärer, marxistischer Politik. Anders als der Untertitel des Buches – *Geschlecht und Klasse im Kapitalismus* – suggeriert, stellt es keine theoretische Ausarbeitung des Verhältnisses von kapitalistischer Ausbeutung zu systematischer Unterdrückung der Frauen dar. Das Buch betont zwar immer wieder zu Recht, dass der Kampf gegen Frauenunterdrückung nicht vom Klassenkampf getrennt begriffen werden darf, dass die ArbeiterInnenklasse das zentrale Subjekt im Kampf für Sozialismus und die Überwindung aller Unterdrückungsformen darstellt. Es verweist auch immer wieder berechtigter Weise darauf, dass das Kapital von der Fesselung der proletarischen Frau an die Hausarbeit unmittelbar ökonomisch profitiert und die Spaltung der Klasse seine Herrschaft politisch festigt. Auf analytischer Ebene allerdings bleibt die Darstellung im Wesentlichen bei diesen allgemeinen Wahrheiten stehen, die sowohl der Marxismus wie auch Teile des sozialistischen Feminismus anerkennen. Die spannende, für MarxistInnen zu beantwortende Frage wäre allerdings, wie die private Hausarbeit, und damit die spezifische Form der Frauenunterdrückung, mit dem Kapitalverhältnis zusammenhängt, wie das Lohnarbeitsverhältnisses der Reproduktionsarbeit seinen Stempel aufdrückt. Diese theoretischen Schwächen werden insbesondere dann deutlich, wenn die Konzeptionen verschiedener feministischer Strömungen betrachtet werden. Im Buch wird sich ebenfalls mit der zweiten Welle des Feminismus und weiteren neueren Strömungen beschäftigt. Diese werden auch stärker politisch

analysiert und eingeordnet. Hier können wir auf die politische Position der Autorin selbst Rückschlüsse zu ziehen und die Abgrenzung zum bürgerlichen Feminismus besser verstehen. Es werden dabei speziell die Unterschiede zwischen Gleichheitsfeminismus, zu denen D'Atri auch einige Strömungen des sozialistischen Feminismus zählt, und des Differenzfeminismus herausgearbeitet.

Gleichheitsfeminismus und Differenzfeminismus

D'Atri beschreibt in diesem Kontext die feministische Bewegung Ende der 1960er Jahre sehr unkritisch: *„Die generelle Perspektive der feministischen Bewegung der 70er Jahre ist anti-institutionell. Deshalb ist sie nur im Rahmen der weltweiten aufständischen Bewegungen zu verstehen […].“* (S. 175) Dies geht für sie – auch mit einem gewissen historischen Recht – mit einer Radikalisierung des Feminismus einer. Der Gleichheitsfeminismus betritt die Bühne. Dieser beschäftigt sich mit Geschlecht als Konstrukt, worauf auch die Unterscheidung in *sex* und *gender*, also zwischen biologischem und sozialem Geschlecht, aufbaut. Diesbezüglich schreibt D'Atri:

„Der Gleichheitsfeminismus hat das Verdienst, Geschlecht als soziale Kategorie zu begreifen […]. Er macht sichtbar, dass die Unterdrückung der Frauen einen historischen Charakter hat und keine „natürliche“ Konsequenz aus anatomischen Unterschieden ist. Der Differenzfeminismus wiederum widersteht der Anpassung an ein System, das auf der Unterordnung, Diskriminierung und Unterdrückung all dessen basiert, was vom „universellen“ Modell abweicht, welches unter patriarchaler Herrschaft geschaffen wurde.“ (S. 196)

Die Radikalität der zweiten Welle des Feminismus verortet die Autorin also darin, dass sie an den Versprechen der bürgerlichen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – anknüpfe und diese gegen Patriarchat und Kapitalismus wende. D'Atri entgeht

dabei zwar nicht, dass auch der bürgerliche und liberale Feminismus genau daran ansetzen. Sie geht jedoch nicht auf die Grenzen der Methode ein, die Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung durch einen Abgleich mit den uneingelösten Freiheitsversprechen zu begründen. Es entgeht ihr damit, dass diese selbst zu einer reformerischen Lösung drängt, wie sie in der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft selbst noch in deren Idealen befangen bleibt, statt diese selbst als Ideologie zu begreifen.

Innerhalb des Gleichheitsfeminismus unterscheidet sie drei Formen: Den liberalen, den radikalen und den sozialistischen. Ersterer wolle den Kapitalismus reformieren, um die Lage der Frauen zu verbessern. Zweiterer betrachte das Patriarchat als die grundlegende Gesellschaftsstruktur, die es abzuschaffen gelte. Der Zugang, den die radikalen Feministen wählen, macht den Feminismus zu einer politischen Theorie, die die Gesamtheit des politischen Systems beschreiben soll. Hier werden die Frauen selbst als eigene Klasse betrachtet. Die sozialistischen Feministen konzentrieren sich, so D'Atri, währenddessen auf die Verbindung von marxistischer Gesellschaftsanalyse mit Frauenunterdrückung.

„Er (der sozialistische Feminismus; d. Red.) setzt den Schwerpunkt auf das Konzept des Patriarchats und auf die historische Entwicklung der Art und Weise, wie Familienverhältnisse in den verschiedenen Produktionsweisen organisiert sind. Die sozialistischen Feministinnen verstehen die Ungleichheit als eine ganz und gar gesellschaftliche Frage: Sie beschäftigen sich vor allem mit dem Konzept der gesellschaftlichen Arbeitsteilung – eine Teilung, die für sie die Ursache für die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist. Sie definieren das Patriarchat als die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse der menschlichen Reproduktion, die von der männlichen Dominanz über Frauen und Kinder strukturiert sind.“ (S. 180)

Für einige, so D'Atri weiter, stellt das Patriarchat den Fokus und auch den Ausgangspunkt aller anderen Unterdrückung dar, der aus

historisch-materialistischer und dialektischer Perspektive aufgearbeitet werden muss. Für andere besteht die Hauptaufgabe darin, Frauenunterdrückung mit der Entstehung der Klassengesellschaft zu begreifen und sie im Hinblick auf Produktion und Reproduktion zu analysieren. Die Autorin belässt es bei dem Verweis, dass sozialistische Feministen das Verhältnis von Patriarchat und kapitalistischer Ausbeutung verschieden fassen. Dabei liegt das Grundproblem des sozialistischen Feminismus gerade darin, dass er eine methodisch-theoretische Versöhnung zwischen radikalem Feminismus und Marxismus versucht, bei ihm Patriarchat und Kapitalverhältnis als mehr oder weniger gut miteinander verbundene, parallele, die gesellschaftliche Dynamik strukturierende Verhältnisse dargestellt werden.

Für den Marxismus stellt allerdings das Kapitalverhältnis den grundlegenden gesellschaftlichen Widerspruch dar, der die spezifischen Formen der modernen Reproduktion und damit auch die Frauenunterdrückung formt (2). Der sozialistische Feminismus vertritt hingegen letztlich eine dualistische Auffassung. Diese muss logisch und politisch-praktisch zu einem unterschiedlichen Begriff des revolutionären Subjekts führen. Für den Marxismus ist dies die ArbeiterInnenklasse, für den sozialistischen Feminismus gibt es hingegen letztlich zwei Befreiungssubjekte, die Lohnabhängigen und die Frauen. Unterschiedliche Strömungen innerhalb des sozialistischen Feminismus legen ein stärkeres Augenmerk auf das eine oder andere Subjekt. Tatsächlich ist dies im Endschluss allerdings eine Negation Zetkins vollkommen korrekter Bemerkung, dass es eine *„Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, des Mittelbürgertums und der Intelligenz und der oberen Zehntausend*

[gibt]

; je nach der Klassenlage dieser Schichten nimmt sie eine andere Gestalt an.“ (Zetkin,
Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen)

Von dieser grundsätzlichen Problematik des sozialistischen Feminismus findet sich im Buch kein Wort. D'Atri unterstellt vielmehr, dass der sozialistische Feminismus eigentlich auf dem Boden der revolutionären ArbeiterInnenpolitik stehen würde: *„die sozialistischen Feministinnen – strategisch und mit verschiedenen Nuancen – [bestehen] auf der Notwendigkeit einer antikapitalistischen Revolution.“* (S. 181) Wir möchten keinesfalls in Frage stellen, dass einige sozialistische FeministInnen durchaus subjektiv revolutionäre Ambitionen hegen. Allerdings verwischen solche Formulierungen die eigentlich fundamentalen Unterschiede zum Marxismus. Anstatt sozialistische FeministInnen für den historisch-dialektischen Marxismus zu gewinnen, werden letztlich gewichtige Positionen des letzteren aufgegeben. Unterschiedliche Theorien, oft auch mit unterschiedlichen praktischen Resultaten, erscheinen als reine Nuancen. Logischerweise wird daher auch der Niedergang des Gleichheits- und die Krise des sozialistischen Feminismus ohne Bezug auf deren eigene, innere Problematik erklärt. Er erscheint einzig als Resultat einer geschichtlichen Epochenwende:

„Während die bürgerliche Restauration voranschreitet, kann weder die Integration in die kapitalistische Demokratie des Gleichheitsfeminismus noch die widerspenstige Gegenkultur des Differenzfeminismus verhindern, dass sich Gewalt und Unterdrückung von Millionen Frauen auf der ganzen Welt fortwährend reproduzieren […].“ (S. 197)

Richtig ist sicherlich die kritische Haltung gegenüber dem institutionalisierten Gleichheits- und zum Differenzfeminismus. Stärker wird außerdem mit der Intersektionalität und Identitätspolitik abgerechnet, obwohl diese nur am Rande erwähnt werden. Die Kritik konzentriert sich darauf, dass eine Individualisierung der Unterdrückung nicht der Weg sein kann, um sie kollektiv zu überwinden. Es sei gefährlich, Ausbeutung auf eine Stufe mit Unterdrückung zu setzen, damit also auch die Ursprünge

der Unterdrückung im Kapitalismus unscharf zu machen. Während dies der richtige Ansatzpunkt ist, wundern wir uns, warum diese Erkenntnis nicht auf die eigene Analyse der gesellschaftlichen Rolle von Frauen konsequent angewandt wird. Die Auseinandersetzung mit postmodernen Strömungen ist vor allem auf Judith Butler bezogen und kritisiert im weiteren Verlauf vor allem deren individualistische und idealistische Ansprüche, keine Theorie für die Massen schaffen zu können und zu wollen, daher auch teilweise keinen Anspruch zu hegen, das kapitalistische System zu überwinden. Neben dieser sehr berechtigten Kritik an unterschiedlichen Strömungen des Feminismus stellt sich für die LeserInnen ein bisschen die Frage, was denn nun die eigene Perspektive der Autorin ist. Das ist zwar nicht unbedingt die Fragestellung des Buches, wird aber auch im Manifest nicht ausreichend beantwortet, das am Ende des Buches veröffentlicht ist.

Brot und Rosen als Manifest

Das *Internationale Manifest von Brot und Rosen* stammt aus dem März 2017. Die Genossinnen dieser Organisation sind zugleich Teil der Trotzkistischen Fraktion für die Vierte Internationale. Ähnlich wie das Buch beginnt das Manifest mit einem kurzen Abriss von Frauenkämpfen, von einzelnen Biografien revolutionärer Frauen und von Kämpfen, die langfristige Veränderungen und Verbesserungen für die ArbeiterInnenbewegung gebracht haben. Es wird damit versucht zu erklären, in welcher Tradition Brot und Rosen sich sieht. Mit diesen historischen Verweisen wird im weiteren Verlauf auch die Notwendigkeit einer Abgrenzung von neoliberalen Lösungsversuchen und vom bürgerlichen Feminismus begründet, die sich auf individuelle statt kollektive Lösungsversuche verlassen. Zeitgleich wird aber auch betont, wie die Kämpfe der Vergangenheit zu einer kompletten Veränderung der Situation von Frauen weltweit führten, speziell was die Frage von demokratischen Rechten angeht. Dies wirft, laut dem Manifest, auch ein besonders schlechtes Licht auf den Stalinismus, der nicht nur eine reaktionäre Rolle in Frauenkämpfen spielte, sondern damit auch die Abkehr vieler Frauen vom Sozialismus zu

verantworten hatte.

Die weitere Analyse leitet den Existenzgrund der Gruppierung aus dem speziellen Faktor der Gewalterfahrung aufgrund sexistischer Diskriminierung ab, was mit der Bewegung „Ni una menos“ auch ein wichtiger Ausgangspunkt der Entstehung der Organisation ist. Hierbei geht es in der Analyse speziell um die Ohnmacht, die Frauen fühlen und ihre Rolle als Opfer, wogegen sich Brot und Rosen stark machen möchte. Frauen sollen ihren Subjektstatus wiedererlangen. Zeitgleich wird argumentiert, dass man sich nicht auf den bürgerlichen Staat verlassen könnte, um dieses Problem zu lösen und stattdessen der Hass gegen Unterdrückung und unfaire Behandlung auf den wahren Übeltäter, den Staat, gerichtet werden muss.

Im nächsten Abschnitt werden die ersten Forderungen mit den vorhergehenden Analysen verbunden. Es geht auf der einen Seite um den Kampf um politische Freiheiten und demokratische Rechte. An dieser Stelle wird zu Recht eine ultralinke Politik abgelehnt und argumentiert, dass man durchaus auch im Parlament für Verbesserungen und Frauenrechte kämpfen kann. Andererseits wird für die breiter gefächerten Forderungen wie „gegen Gewalt an Frauen“ auch konkret vorgeschlagen, Frauenkommissionen in Betrieben, Wohnorten und Ähnlichem zu gründen, die sich selbst organisieren. Was diese Kommissionen dann aber konkret tun müssen, um aktiv gegen Gewalt an Frauen anzukämpfen, wird nicht weiter ausgeführt. Schlussfolgerungen wie Selbstverteidigung und demokratische Kontrolle an und über Arbeitsplätze/n werden nicht erwähnt. Weitere Forderungen beziehen sich auf antiimperialistische Positionen und ein „Ende von Rassismus“, Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, Ausbau von Kinderbetreuung und Trennung von Staat und Kirche. Auch arbeitsrechtliche Verbesserungen haben ihren Platz im Manifest wie das Ende von prekärer Arbeit und einzelne Übergangsforderungen wie die nach Aufteilung der Arbeit auf alle Hände.

Der Ursprung der Frauenunterdrückung?

Es wird sich zwar immer wieder auf klassenkämpferische Politik bezogen, aber zeitgleich eine Ebene etabliert, auf der sexistische Unterdrückung zusätzlich, daher letztlich auch begriffslogisch unabhängig vom Kapitalverhältnis existiert. Folglich werden also die Fragen von Reproduktionsarbeit und der Vergesellschaftung dieser sowie zur Einbeziehung der gesamten Klasse in gemeinsame politische Kämpfe um diese herum nicht als zentraler programmatischer Ausgangspunkt gesehen – weder im Buch noch im Manifest.

Dieser Mangel führt auch dazu, dass wichtige Teilforderungen nach sozialer und politischer Gleichheit nicht mit der eigentlich strategischen Frage verbunden werden, in welche Richtung denn die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwunden werden muss. Eine Reihe von Minimalforderungen aufzustellen, ist zwar gut und richtig, führt aber zu keiner nachhaltigen Überwindung des Systems und entwickelt auch keinen Ansatz dazu, wie nach einer erfolgreichen Revolution Frauenunterdrückung überwunden werden kann.

Der ganze Text wirkt eher wie eine Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten als eine systematische Analyse, aus der sich logisch der gemeinsame Kampf gegen Staat und Kapital ergibt. Am Ende wird anerkannt, dass die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus die Aufgabe der ArbeiterInnenklasse ist. Diese Schlussfolgerung wird aber davor kaum argumentiert. Sätze wie: *„Denn in der unbezahlten Hausarbeit ruht ein Teil der Profite der Kapitalist_Innen, die so den Arbeiter_Innen nicht die Tätigkeiten entlohnen müssen, die für ihre eigene tägliche Reproduktion als Arbeitskräfte […] nötig sind“* (S. 252) beinhalten auch ein einseitiges Verständnis der Ökonomie der privaten Hausarbeit. Es wird suggeriert, dass diese immer mit einer Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft einhergehen würde. Dies ist aber keineswegs immer der Fall. Unter bestimmten Bedingungen können die Akkumulationsbedürfnisse sogar eine begrenzte Sozialisierung der Reproduktionsarbeit erfordern, die ihrerseits mit einer Senkung des

Werts der Ware Arbeitskraft einhergeht, wenn z. B. die Kosten für Lebensmittel sinken und Teile der Reproduktionsarbeit staatlich organisiert werden. Die Steigerung des Profits ist in diesem Fall nicht auf Vermehrung privater Hausarbeit zurückzuführen, ja kann sogar mit deren Abnahme einhergehen.

Ein Übergangsprogramm zur Frauenbefreiung?

Schlussendlich betont das Manifest, dass Klassenunabhängigkeit erreicht werden muss. Die logische Schlussfolgerung ist die Schaffung einer unabhängigen Arbeiter_Innenbewegung, die am Aufbau einer revolutionäre Massenpartei und Internationale beteiligt sein müsse. Das Programm endet mit der Betonung auf einem klaren Bruch mit dem Reformismus und einem Bekenntnis zur ArbeiterInnenbewegung. Damit steht es weit links von den meisten feministischen Strömungen. Die Frage ist freilich, ob das Manifest selbst eine konsequente programmatische Antwort liefert. Brot und Rosen steht in einer trotzkistischen Tradition und vielen Forderungen lässt sich das auch anmerken. Es fehlt aber eine Systematik, die versucht, ein schlüssiges Programm miteinander verbundener Übergangsforderungen zu entwickeln. Letztlich bleibt die Verbindung zwischen den heutigen Kämpfen und der Revolution hölzern. Vielmehr handelt es sich beim Manifest um eine Reihe an Minimal- und Maximalforderungen, die ohne einen roten Faden mit sporadischen Einsprengseln einzelner Übergangsforderungen aufgezählt werden.

Am augenscheinlichsten ist dabei, dass die Frage nach Arbeiter_Innenkontrolle kaum erwähnt wird. Die Forderung aufzuwerfen, dass es „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ braucht oder auch eine Aufteilung der Arbeit auf alle Hände notwendig ist, ist sicher richtig, beantwortet aber nicht, wer das kontrolliert und wie diese Forderungen umgesetzt werden sollen. Die häufiger erwähnten Frauenkommissionen, die an Arbeitsplätzen, Schulen und Wohnorten gegründet werden sollen, bleiben relativ zahnlos. Es wird

nicht erklärt, wie sie zu einem Interaktionspunkt einer militanten und von den kapitalistischen Institutionen unabhängigen Frauenbewegung werden können. Hierfür müssten sie sowohl Organe der Selbstverteidigung einerseits sowie andererseits der Kontrolle am und über den Arbeitsplatz, Wohnort etc. sein. Es müsste außerdem dargestellt werden, in welchem Verhältnis sie zu den bestehenden Massenorganisationen stehen sollten. Es erscheint, als würden Gewerkschaften, reformistische oder links-populistische Parteien sich zu solchen Organen nicht verhalten oder diese gar kontrollieren falls sie morgen geschaffen würden.

Inwiefern sollen und können diese Frauenkommissionen mit dem vorherrschenden Bewusstsein brechen? Unter welchen Umständen können sie Gegeninstitutionen des bürgerlichen Staates verkörpern? Vor allem aber bleibt auch unklar, ob solche Kommission als Organe der proletarischen Einheitsfront oder Organe einer Minderheit der Klasse auftreten sollen.

Richtigerweise wird im Manifest die Notwendigkeit des Bruchs mit dem bürgerlichen Staat, dessen Institutionen und den bürgerlichen Parteien gefordert. Aber dies bleibt abstrakt ohne Bezugnahme auf die sehr reale Bewegung von Arbeiter_Innen, die organisatorisch oft von reformistischen Parteien und bürokratischen Gewerkschaften kontrolliert, ideologisch von unterschiedlichen nicht-revolutionären feministischen Ideologien beeinflusst werden. In solchen Situationen sind Einheit in der Aktion und revolutionäre Kritik von oberster Bedeutung. Eine prinzipienfeste Anwendung der Einheitsfronttaktik kann sogar zeitweilige Bündnisse mit bürgerlichen oder liberalen Feministinnen wie mit Vertreter_Innen des Differenz- oder Queerfeminismus als auch dem Reformismus erlauben. Aber natürlich tragen solche Formationen einen Klassencharakter. Eine Schwäche von Brot und Rosen ist die fehlende theoretische Tiefe, welche wiederum kein breites taktisches Reservoir bietet. Das beinhaltet auch die Gefahr, dass praktischer Kontakt mit z. B. einer bürokratischen Gewerkschaft, die Arbeiter_Innen organisiert, oder liberalen

Feminist_Innen, die eine kämpfende kleinbürgerliche Frauenbewegung anführen, impressionistisch bleiben muss.

Dies wird umso deutlicher, wenn wir uns vor Augen halten, dass die subjektiv revolutionären Linke – und dazu gehört auch Brot und Rosen – eine kleine Minderheit innerhalb der Arbeiter_Innenklasse und der Frauenbewegung darstellt. Erfolgreiche Kämpfe sind auch auf dem Gebiet der Verteidigung der Rechte der Frauen nur möglich, wenn es gelingt, die Anhänger_Innen von Massenbewegungen zu gewinnen, wenn wir die Forderung nach Einheit im Kampf sowohl an deren Mitglieder als auch an deren Führungen systematisch stellen. Diese methodische Schwäche bezüglich der Einheitsfront betrifft sicher nicht nur Brot und Rosen alleine, sondern bildet eines der Kernprobleme der zentristischen Politik der Trotzkistischen Fraktion für die Vierte Internationale.

So erscheint das Entstehen einer revolutionären Kraft, der Bruch mit der Bourgeoisie vor allem als deklamatorische Übung. Natürlich kann es einer solchen Politik manchmal gelingen, eine beträchtliche Minderheit von Radikalen zu versammeln. Aber welche Richtung wird diese Minderheit einschlagen, um die Tore der gesamten Klasse zu stürmen? Wir fürchten, dass Brot und Rosen eine theoretische Schwäche innewohnt, die die Gefahr einer scharfen Wendung zum Opportunismus oder einer Fortsetzung des Sektierertums in sich birgt, sobald eine solche Organisation auf die Probe gestellt wird, wenn sie sich tatsächlich in der größeren Arena des Klassenkampfes praktisch verhalten muss. Dies ist verbunden mit einer Konzeption, die leicht als idealistischer Ansatz missverstanden werden kann, der erklärt, dass die Erfahrung der Unterdrückung und des radikalen Bruchs an sich das Potenzial für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus bieten würde.

Revolution, aber wie?

Neben diesen programmatischen Unklarheiten ist auch die Schwerpunktsetzung etwas undurchsichtig. Für ein Programm, das sich

selbst auf die Fahne schreibt, für eine Überwindung des Kapitalismus zu stehen, wird über diese letztlich kaum konkret geschrieben. Vielleicht sieht sich Brot und Rosen nicht in der Verantwortung, als Vorfeldorganisation eine eigenständige konsequente, revolutionäre Programmatik vorzuschlagen, sondern überlässt das lieber der Trotzkistischen Fraktion.
Nichtsdestotrotz: Für eine Organisation, die sich in Worten so stark auf die Revolutionärin Luxemburg bezieht, wäre eine Revolutionskonzeption durchaus angebracht. Das Manifest erklärt das Ziel der Schaffung einer Internationalen, aber auch hier erscheint dies vor allem als eine Willensbekundung.

Die Forderungen des Manifests spiegeln weitestgehend den Inhalt des Buches wider. Während wir mit den meisten konkreten Forderungen übereinstimmen, fallen diese jedoch recht knapp aus. Ein wichtiger blinder Punkt ist der Kampf um LGBTQIA+-Rechte, die vor allem in den letzten Jahren ein essenzieller Bezugspunkt für Frauenkämpfe geworden sind. Es wird weder klar, warum diese Kämpfe erneut an Bedeutung gewonnen haben, noch wie diese in der revolutionären Konzeption von Brot und Rosen zusammengeführt werden können.

Wie bereits erwähnt, fehlt ein zentraler programmatischer Punkt: die Vergesellschaftung der Hausarbeit und zentrale damit verbundene Forderungen. Leider fehlt auch eine Positionierung zu den Frauen*streiks, immerhin eine Massenbewegung unserer Zeit, die die Trennung von reproduktiver und produktiver Arbeit in den Vordergrund gestellt hat.

Sowohl Buch als auch Manifest übersehen oder bestreiten, dass der sozialistische Feminismus eine dualistische Interpretation des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs darstellt. Zumindest implizit akzeptieren Brot und Rosen die Grundannahme aller feministischen Strömungen, dass es eine spezielle Frauenfrage gibt, die mit den Werkzeugen des historisch-dialektischen Materialismus nicht adäquat erklärt werden kann. Statt den Marxismus weiterzuentwickeln, auch durch kritische Auseinandersetzung mit empirischen, historischen oder

theoretischen Konzepten des Feminismus, wird der Marxismus dem sozialistischen Feminismus angepasst.

So erklärt sich die dargestellte Dichotomie zwischen Feminismus und Arbeiter_Innenbewegung, der die Leser_Innen nur schwer entkommen können. Dies mag auch mit der Schwäche des Buches und des Manifests zusammenhängen, unterschiedliche analytische Ebenen zu etablieren: Theoretische Abstraktionen, historische Realitäten und zukünftige Interventionen erscheinen nebeneinander. Während die Auseinandersetzung mit der Historiografie und konkrete persönliche Beispiele das Verständnis und die empathische Beziehung zu einem Thema stärken können, wird es aber problematisch, wenn sich eine solche Methode im Manifest widerspiegelt.

Buch und Manifest schwanken stark zwischen Proklamationen, Geschichtsschreibung, persönlichen Erzählungen, theoretischen Zusammenfassungen, Forderungen und einer Kritik am liberalen Feminismus. Ein konsistentes Programm und zentrale Taktiken unserer Zeit werden jedoch kaum entwickelt. Der implizite Fokus, so scheint es, ist, den Feminismus wieder (?) sozialistisch zu machen. Dies scheint der Weg zu sein, auf dem eine proletarische, eine revolutionäre Frauenbewegung aufgebaut werden kann.

Letztlich ist es daher nicht verwunderlich, dass sowohl eine theoretische als auch eine programmatische Trennung zwischen dem Marxismus und den verschiedenen Spielarten des sozialistischen Feminismus fehlen, wo diese notwendig wären. Dies wird durch eine mangelnde Konzeption für die Intervention der revolutionären Organisationen gegenüber den Massenorganisationen ergänzt. Der Aufbau der proletarischen Frauenbewegung erscheint daher, wenn überhaupt, als ein ambivalenter und diskursiver Prozess des subjektiven sozialistischen Flügels innerhalb des Feminismus, nicht aber als eine theoretisch klärende Intervention des Marxismus gegenüber Strömungen des Feminismus.

Damit soll der wichtige Beitrag in den täglichen Kämpfen der

Genossinnen von Brot und Rosen nicht unterschätzt werden. Ganz im Gegenteil. Gerade aufgrund der Impulse, die die Genossinnen gegeben haben, sind wir der Meinung, dass theoretische und programmatische Schwächen diskutiert werden sollten, bevor der gewonnene Fortschritt durch die bevorstehenden größeren praktischen Tests rückgängig gemacht wird. In diesem Sinne hoffen wir, dass diese Kritik auch als eine solidarische verstanden wird. Wir haben unsererseits ein großes Interesse sowohl an einem gemeinsamen Klärungsprozess als auch an einer gemeinsamen Praxis beim Aufbau der heutigen Bewegungen.

Endnoten

(1) Andrea D'Atri, Brot und Rosen. Geschlecht und Klasse im Kapitalismus, Argument Verlag, Hamburg 2019; Zitate aus dieser Ausgabe

(2) Ausführlicher dazu: Bewegung für eine revolutionär-kommunistische Internationale, Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung, in: Revolutionärer Marxismus 42 und Stefan Katzer, Kritik des Feminismus, in: Fight! Revolutionärer Frauenzeitung Nr. 6

#freepablohasél – Warum der Spanische Staat es mit der Meinungsfreiheit nicht ganz so

genau nimmt…

Von Christian Mayer

Am Dienstag, den 16.02.2021, wurde in der katalanischen Stadt Lleida der linke Rapper Pablo Hasél festgenommen, nachdem gegen ihn ein Haftbefehl wegen „Majestätsbeleidigung, Verunglimpfung der Verfassungsinstitutionen“ sowie angebliche „Terrorpropaganda“ erlassen wurde. Für einige Tweets, die er abgesetzt haben soll, in denen er u.a. die Guardia Civil für ihre Folterpraktiken kritisierte und den ehemaligen spanischen König Juan Carlos I. als Mafiaboss bezeichnete, soll er nun neun Monate im Knast sitzen.

Hintergrund

Hasél hat mit seiner Kritik nicht ganz unrecht, sowohl im Bezug auf die Folterpraktiken der Guardia Civil, die eine paramilitärische Gendarmerie-Einheit ist, als auch auf seine Kritik am spanischen ex-König Juan Carlos I.

Erstere
genannte Gruppierung ist vor allem durch ihr brutales Vorgehen im spanischen Bürgerkrieg von 1936 – 1939 bekannt, in der sie als willige Erfüllungsgehilf_Innen Franco die Widerstände niederschlug (von Andalusien aus kommend über die Landesmitte bis in die östlichen Provinzen Valencia und Katalonien sowie in den nördlichen Provinzen Navarra, Baskenland, Asturien und Galicien). Neben der tatkräftigen Unterstützung italienischer Bodentruppen und der „Legion Condor“ der deutschen Wehrmacht war die Guardia Civil der entscheidende militärische Faktor für Francos Siegeszug.

Später, während des spanischen Faschismus, war die Guardia Civil vor allem für den Terror gegenüber den Minderheiten in den „abtrünnigen“ Provinzen Katalonien, Baskenland und Galicien zuständig. Ihre Aufgabe in der Gegenwart besteht darin, Flüchtlinge in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika abzuwehren, in der „Aufstands- und Terrorismusbekämpfung“, sowie in der allgemeinen „Grenzsicherung“ (sowohl an den Landesgrenzen wie auch an Flughäfen bzw. im Dienste von

Frontex). Die von Hasél und anderen Gegner_Innen der Guardia Civil erhobenen Foltervorwürfe sind dabei nicht aus der Luft gegriffen, wie schon u.a. der EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) in verschiedenen Gerichtsurteilen bestätigt hat. Dass diese allerdings nicht weiter geahndet werden liegt daran, dass sich der Spanische Staat bis heute konsequent weigert, die Antifolterkonvention der EU zu unterschreiben und umzusetzen.

Meinungsfreiheit?

Vor dem kurz dargestellten Hintergrund ist es also wenig verwunderlich, dass die Policia National Pablo Hasél mit einem Großaufgebot auf dem Campus der Uni von Lleida festnehmen ließ, schließlich ist er ja „gefährlich", zumindest für die Repressionsorgane des Spanischen Staates.

Gerade die absurden Gesetze gegen angebliche „Majestätsbeleidigung" und die extrem harten „Anti-Terrorgesetze", die vorwiegend vor dem Hintergrund des Konflikts mit der baskischen Organisation E.T.A. (Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) erlassen wurden, um in paranoider Art alles, was auch nur im Ansatz nach Unterstützung dieser Gruppierung aussah, zu verbieten und massenhaft baskische Linke zu kriminalisieren und einzusperren, spielen eine wichtige Rolle. Sie zeigen recht deutlich, dass es mit der Meinungsfreiheit in der viertgrößten Volkswirtschaft der EU nicht arg weit her ist. Die Verhaftung Haséls erfolgte dann unter dem begeisterten Jubel von pro-spanischen Aktivist_Innen der neurechten Partei „Vox", die sich selbst in bester Tradition der „Falange Espanola" sehen, also jener Partei, die unter Franco Staatspartei war.

Auch
im Bezug auf den ex-König Juan Carlos I. hat Hasél nicht unrecht,
da dieser Steuergelder im großen Stil veruntreut hat und durch einen
dubiosen Deal mit dem saudi-arabischen Königshaus für den Bau einer
Hochgeschwindigkeitsstrecke von Mekka nach Medina Bestechungsgelder
von seinem saudischen Amtskollegen in Höhe von Umgerechnet 100 Mio.
Euro annahm.

Das allein sorgte schon für einen medialen Aufschrei der selbst sonst so königstreuen PP (Partido Popular, Volkspartei und offizielle Nachfolgepartei der „Falange Espanola“(Francos Staatspartei)) dazu veranlasste, von eben jenem König abzurücken. Für Juan Carlos I. endete diese Angelegenheit schließlich neben ein paar anderen Gründen im Rücktritt von seinem Amt und der Übergabe an seinen Sohn, Felipe VI., der seit 2015 König ist. Doch damit nicht genug kam vor nicht allzu langer Zeit heraus, dass eben jener Felipe von seinem Vater als Erbe einer Tarnstiftung eingesetzt wurde, die den 100 Millionen-Deal verdecken sollte. Doch dem Sohn gefiel das gar nicht und er lehnte dieses Erbe öffentlichkeitswirksam ab.

Nebeneffekt:
Die spanische Antikorruptionsstaatsanwaltschaft darf sich seither mit diesem Fall befassen. Ob der ex-König jedoch angeklagt wird, ist mehr als fraglich, nicht nur wegen seines Alters, sondern weil man es sich rein aus Imagegründen nicht leisten kann, ein ehemaliges Staatsoberhaupt einzubuchten (auch wenn der König in erster Linie rein repräsentative Aufgaben hat, wie etwa der deutsche Bundespräsident).

Doch
zurück zu Hasél. Dass dieser nun für das Aussprechen von einer simplen Tatsache eingeknastet werden soll, zeigt, dass die spanische Justiz nicht nur wie die Justiz eines jeden bürgerlichen Staates recht willkürlich vorgeht. Es geht viel mehr darum, eine weitere linke, kritische Stimme verstummen zu lassen und soll damit die gesamte spanische Linke einschüchtern.

Widerstand

Dass die Justiz in einem bürgerlichen Staat immer die Interessen der herrschenden Klasse vertritt und warum sie das tut, haben wir schon in anderen Artikeln dargelegt. Diese Klassenjustiz stützt aber nicht nur die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse, sondern sorgt auch für eine härtere Bestrafung linker, kritischer Kräfte durch die gleichen Gesetze (in dem Sinne, dass Gesetze unterschiedlich ausgelegt werden können). Generell

geht es darum linke, insbesondere antikapitalistische und antibürgerliche Kritik zu kriminalisieren, um die bürgerliche Ideologie aufrecht zu erhalten. So ist es nicht verwunderlich, dass Pablo Hasél 2014 schon einmal, für einen Song über die Grapo (Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre), zu 2 Jahren Haft verurteilt wurde. Spanien hat dafür sogar ein extra Gesetz „zur Sicherheit der Bürger", im Volksmund auch „Knebel- und Maulkorbgesetz" genannt. Im bürgerlichen Spanien gibt es einige Gründe, weshalb die Gesetze so extrem sind. Einerseits natürlich die allgemeine Klassenjustiz, hinzu kommt das Erbe, auch gesetzlich, der Franco-Diktatur, die nur durch seinen Tod und nicht durch einen Sturz des Faschismus beendet wurde. Im Falle des Spanischen Staates kommt hier allerdings dann noch hinzu, dass es es hier auch darum geht, die Einheit des Zentralstaates zu bewahren, und die Unabhängigkeitsbestrebungen z.B. im Baskenland und Katalonien zu unterdrücken. Dies zeigten nicht zuletzt die Ereignisse rund um das als „illegal" eingestufte Unabhängigkeitsreferendum Kataloniens im Jahre 2017. Damals wurde mit brutalen Mitteln versucht, eben jenes Referendum zu verhindern, in dem z.B. Menschen, die an diesem Referendum teilnehmen wollten, von Einheiten der Policia National zusammengeschlagen und die Wahllokale teilweise gestürmt und verwüstet wurden.

Unsere
Position zur Unabhängigkeitsfrage wollen wir an dieser Stelle
nochmals kurz darstellen:

„Diese wirtschaftlich stärkste Region (Katalonien, Anm. d. Autors) des krisengeschüttelten Spanischen Staates führte im siebten Jahr der erbitterten Kürzungspolitik ein Referendum über die Abtrennung zur Errichtung eines unabhängigen Kataloniens durch. Trotz des Verbotes durch die staatlichen Repressionsorgane nahmen 2,3 Millionen Katalan_Innen am Referendum teil und stimmten mit ca. 80% für ein unabhängiges Katalonien. Obwohl REVOLUTION keine Illusionen in ein unabhängiges kapitalistisches Katalonien hat, stellen wir uns gegen die anti-katalonische und kleinbürgerliche Haltung der spanischen Linken und unterstützen das Selbstbestimmungsrecht der Katalan_Innen, welche insbesondere während

der faschistischen Diktatur Francos brutal unterdrückt wurden. Wie in Schottland ist jedoch von der Abspaltung keine Verbesserung für die Arbeiter_Innenschaft zu erwarten, stattdessen treibt sie einen Keil zwischen die spanischen Werktätigen.“ (aus: http://onesolutionrevolution.de/revolution-und-die-nationale-frage/)

Trotzdem
ist der Widerstand, wie nun im Falle des Katalanen Hasél,
gerechtfertigt. Gerade, weil es nicht nur um die Unterdrückung von nationalen Minderheiten geht, sondern auch um das grundlegende Recht auf Meinungsfreiheit, sind die Proteste dieses Mal auf das ganze Land verteilt. Selbst in der Hauptstadt Madrid, die sonst nicht unbedingt dafür bekannt ist, sich mit der katalanischen Bewegung oder der von anderen Minderheiten (Bask_Innen, Galicier_Innen) zu solidarisieren gegen die reaktionäre Hetze seitens Vox und anderer Rechter, gingen deshalb Menschen auf die Straße.

Das zeigt, dass es durchaus möglich ist, endlich die Spaltung der spanischen Linken nicht nur anhand der Frage von Minderheiten und deren Recht auf Selbstbestimmung, sondern auch anhand anderer Fragen, zu überwinden und den Kampf gegen den spanischen Staat und seine verbrecherischen Institutionen zu koordinieren und schlagkräftig werden zu lassen. Nichts desto trotz bleibt aber noch ein weiter Weg zu gehen, um dies zu verdeutlichen und die Notwendigkeit zu verdeutlichen eine neue, revolutionäre Organisation aufzubauen, die alle von Unterdrückung Betroffenen organisiert und den Kampf für demokratische Rechte (wie die freie, politische Meinungsäußerung) und gegen Sexismus, Patriarchat, Rassismus, nationale Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung, auf der Grundlage eines Programms, das den Weg hin zur Revolution zeigt, führt.

Polen: Der Kampf um Abtreibung und Selbstbestimmung

Von Melli Vogt

In Polen wurde letzten Herbst das Abtreibungsrecht durch das Verfassungsgericht weiter verschärft. Während Abtreibungen seit 1993 erlaubt waren, wenn Schädigungen am Fötus vorhanden sind und dieser krank oder schwer behindert ist, oder wenn das Leben von Mutter und ungeborenem Kind in Gefahr ist, hat das Verfassungsgericht dieses Gesetz nun für "verfassungswidrig" erklärt und Abtreibungen komplett verboten- außer bei Schwangerschaften, die durch Vergewaltigung entstanden sind. Dahinter steckt auch die polnische Regierungspartei PiS, welche extrem homo- und transphob und im Zuge des Rechtsrucks aufgestiegen ist. Die Verschärfung des Abtreibungsrechts ist nicht die einzige sexistische Regelung die durch die PiS-Partei entschieden wurde: So richtete die Partei LGBTIA+- freie Zonen in Polen ein und verbot Sexualkundeunterricht, weil sie der Meinung sind, dieser „verführe die Jugend." Für die Frauen in Polen und auch generell ist die Verschärfung des Abtreibungsrechts katastrophal. Sie sind nun gezwungen, selbst Kinder zur Welt zu bringen, die krank sind oder schwere Behinderungen haben. Dies führt dazu, dass Frauen aus Verzweiflung versuchen werden, Abtreibungen heimlich selbst durchzuführen, was schwere Verletzungen oder sogar den Tod von Mutter und ungeborenem Kind bedeuten kann. Alternativ können diese im Ausland durchgeführt werden, was für die Frauen sehr unsicher und teuer ist, unter schlechten Bedingungen stattfindet und ein hohes Gesundheitsrisiko darstellt. Für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und ihr Leben ist das verschärfte Abtreibungsrecht ein katastrophaler Rückschritt, der die minimalen Erfolge, die schon erreicht wurden, wieder auf null setzt. Dass diese Verschärfung gerade jetzt in Zeiten von erstarkendem Rechtsruck und Coronakrise passiert, in welcher die Lage für Frauen sowieso verstärkt schwer ist und sie noch mehr von Unterdrückung, Gewalt und

Reproduktionsarbeit betroffen sind, ist kein Zufall. Dass die Reproduktionsarbeit, also die unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung, die meist Frauen leisten müssen, durch die Coronakrise und das bürgerliche, patriarchale System derzeit zunimmt, ist ebenso wie das Abtreibungsverbot im Interesse des Kapitalismus und nützlich für die herrschende Klasse. Kapitalist_Innen profitieren davon, wenn Arbeiterinnen nicht abtreiben, da sie immer neue Arbeitskräfte für den Markt brauchen, die sie billig ausbeuten können. Aber auch in Familien der herrschenden Klasse ist Abtreibung kein objektives Interesse, denn die Kapitalist_Innen müssen ihr Eigentum an Nachkommen vererben, um ihre Familie in der herrschende Klasse zu halten. Daher schadet es der herrschenden Klasse, wenn Frauen abtreiben. Das Abtreibungsverbot ist also eine weitere Auswirkung des Kapitalismus, die nochmal deutlich macht, dass dieses kapitalistische, patriarchale und sexistische System endlich überwunden werden muss.

Als Reaktion auf das verschärfte Abtreibungsrecht gab es in Polen Massenproteste mit mehreren zehntausend Menschen. In Warschau hatte die Organisation "allpolnischer Frauenstreik" zu einer Demonstration durch Warschau aufgerufen, welche der Höhepunkt der Proteste und Demonstrationen sein sollte. Insgesamt wurde täglich in mehr als 100 Städten des Landes protestiert. Auch zu einem Generalstreik hatten Frauen in Polen aufgerufen. Daran beteiligten sich unter anderem viele junge Frauen im Gesundheitswesen, Landarbeiter_Innen, weitere Berufsgruppen und auch Schüler_Innen. Wir begrüßen diese Initiative, sehen aber auch, dass man hier einen stärkeren Schulterschluss mit den Gewerkschaften hätte suchen müssen, um wirklich Massen in diesen politischen Streik zu mobilisieren. Aufgrund der vielen Proteste und Streiks wurde das Gesetz zwischenzeitlich erstmal ausgesetzt. Trotzdem gingen die Proteste weiter und brachen im Dezember 2020 wieder aus, wo erneut tausende Menschen auf die Straße gingen. Somit halten die Proteste gegen das verschärfte Abtreibungsgesetz nun schon seit Oktober an. Trotz der monatelangen Massenproteste ist das verschärfte Abtreibungsgesetz jetzt, drei Monate nach der Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts, rechtskräftig und somit in Kraft getreten. Damit sind Schwangerschaftsabbrüche zukünftig in fast allen Fällen verboten, auch Abtreibungen bei schweren Fehlbildungen. Laut dem

obersten Gericht von Polen ist Abtreibung bei Fehlbildungen “unvereinbar“ mit der Verfassung. Als Reaktion darauf brachen im ganzen Land erneut Proteste aus, unter anderem bildeten sich in den letzten Tagen spontane Protestzüge vor dem Sitz des Verfassungsgerichts und in vielen polnischen Städten.

Der Ursprung des Abtreibungsverbots in
Polen ist der Kapitalismus, welcher überwunden werden muss. Um Kapitalismus und somit auch Sexismus und Rechtsruck zu überwinden, braucht es einen gemeinsamen Kampf und die Verknüpfung von Frauen- und LGBTIA- Rechten mit dem Kampf gegen Kapitalismus, Generalstreiks und Massenproteste, die Einbindung von Arbeiter_Innen durch Gewerkschaften und eine internationale Antikrisenbewegung. Das liegt daran, dass gerade jetzt in der Krise Frauen- und Arbeiter_Innenrechte besonders angegriffen werden. Nur wenn der Kapitalismus überwunden wird, können Sexismus und jede Unterdrückung der Frau bekämpft werden. Im kapitalistischen System ist dies nicht möglich.

Daher fordern wir:

- Frei zugängliche, sichere und
  kostenlose Abtreibungen für alle Frauen, unter allen Umständen!

- Auflösung der LGBTIA-freien Zonen
  in Polen!
- Aufhebung des Verbots von
  öffentlichem Sexualkundeunterricht!
- Freien
  und kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Beratungsstellen für alle Frauen!
- Aufbau
  eines internationalen Antikrisenbündnisses aus Arbeiter_Innen zur Überwindung des Kapitalismus!

Über Islamophobie und die Frage, ob es eine religiöse Revolutionärin geben kann

von Dilara Lorin

Antimuslimischer Rassismus, sogenannte Islamophobie ist in den letzten Jahren so dauerpräsent geworden, dass man irgendwie das Gefühl hat, er gehöre zum „guten Ton“ der spätkapitalistischen Gesellschaft. Gerade aktuell ist in den Medien die Debatte wieder aufgeflammt: „Ist der Islam an sich rückschrittlich?“. Wir wollen daher die Gelegenheit nutzen, um mit diesem, wie mit anderen Mythen mal wieder ein wenig aufzuräumen.

Vorab
sei bemerkt, dass bei der Betrachtung von antimuslimischem Rassismus auch die Frage, was eigentlich „Islamismus“ sei, eine große Rolle spielt, der wir jedoch in dieser Zeitung nicht den angemessenen Platz einräumen können und die wir daher in der nächsten Ausgabe behandeln wollen.

Was ist Islamophobie?

Islamophobie ist laut Wörterbucheintrag die Abneigung gegen den Islam (und seine Anhänger_Innen) und die negative, feindliche Einstellung gegenüber Muslim_Innen. Politisch diente das Schüren von Islamophobie dazu jedes imperialistische Eingreifen und sogar Besetzung und Kriege in der muslimischen Welt zu rechtfertigen, ebenso wie den staatlichen Rassismus im eigenen Land, d.h. repressive Gesetze und sonstige Unterdrückung gegen nationale oder religiöse Minderheiten. Antimuslimischer Rassismus ist im Spätkapitalismus ein Hauptbestandteil imperialistischer Ideologie geworden.

Ihm bedienen sich auch rechtspopulistische Kräfte wie AfD, Marine Le Pen, FPÖ und andere, die ihn nutzen um ihre rassistischen Propaganda darauf aufzubauen. Auch wenn Islamophobie als relativ neues Phänomen erscheint, wurzeln viele der heute präsenten Bilder tief in der europäischen Geschichte. Darstellungen des Orients als primitiv, rückständig und despotisch im Vergleich zum modernen und aufgeklärten Westen oder das in Europa verbreitete Schreckbild des expandierenden Osmanischen Reiches als Bedrohung des christlichen Abendlands haben eine lange Geschichte und werden im modernen antimuslimischen Rassismus oftmals wieder aufgegriffen und auf die „Rasse“, „Natur“ oder „Kultur“ der Betroffenen zurückgeführt. In Westeuropa und Nordamerika führt er zu rassistischer Agitation gegen Immgirant_Innen aus dem Nahen Osten, dem indischen Subkontinent und Ostafrika geworden.

Er
führt dazu, dass Grenzen geschlossen werden, Überwachung der Bevölkerung zunimmt, Attentate auf Migrant_Innen zunehmen und vieles mehr.

Wie
auch andere Spielarten von Rassismus hat Islamophobie in imperialistischen Ländern die Funktion, dass ein Teil der Arbeiter_Innenklasse noch schlechter bezahlt wird als die anderen und daher als Lohndrücker_Innen wirkt. Darüber hinaus werden die Arbeiter_Innen gegeneinander ausgespielt, anstatt gemeinsam für ihre Interessen einzustehen.

**Hintergrund
in den Weltordnung**

Schauen
wir uns die heutigen Staaten im Nahen/Mittleren Osten an, erkennen wir schnell, dass sie von westlichen Medien als zurückgeblieben, barbarisch angesehen werden und diese Zuschreibung auch immer einhergeht mit einer islamfeindlichen Anschauung. So als würde gerade der Islam diese Zurückgebliebenheit der Regionen verursachen.

Dabei sind diese Staaten, weil sie Halbkolonien sind, wirtschaftlich künstlich unterentwickelt, d.h. die imperialistischen Staaten, von denen sie abhängen, wollen erst gar nicht, dass sie sich weiter entwickeln und am Ende noch wirtschaftlich unabhängig machen. Mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit, können auch die Staaten gar nicht selber entscheiden worin sie investieren, wird die Korruption erhöht und vor allem die Arbeiter_Innen, Jugendliche und Frauen leiden darunter und müssen unter unmenschlichen Lebensbedingungen leben und arbeiten und werden dabei systematisch ausgebeutet. Diese Perspektivlosigkeit, diese künstlich unterentwickelte Wirtschaft hat dabei nichts mit dem Islam zu tun, so wie es viele konservative, Rechte aber auch Bürgerliche behaupten, sondern schlicht und einfach mit der wirtschaftlichen Ausbeutung und dem imperialistischen Machtgefüge.

Es
ist daneben kein Zufall, dass das Aufleben der Islamophobie im 21. Jahrhundert zeitlich mit der Intervention der USA in ölreiche aber muslimisch geprägte Regionen wie z.B. der Irak zusammenfällt. Die traditionelle islamische Kultur wurde so ein Brennpunkt US-imperialistischer Kritik – mit arroganten Aufforderungen, sich selbst zu modernisieren, d.h. zu verwestlichen. Doch genau das ist ein überhebliches, ekliges und unmögliches Verfangen. Denn Staaten die der Imperialismus von sich abhängig macht, können sich nicht aus den Fesseln befreien, unabhängig werden und entwickeln um „westlichen“ Standards zu entsprechen.

Religion
nur Opium fürs Volk?

Wenn
man sich vor Augen führt wie die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt leben, meist ohne eine Zukunft, mit Krieg, Armut, Unterdrückung und Leid als ständigen Begleiter ist, steht für viele von Ihnen der Glaube an eine höhere Macht, an Gerechtigkeit und an ein besseres Leben nach dem Tod nicht weit. Es ist diese Hoffnung und die Kraft,

die es ihnen ermöglicht das Leid zu ertragen. Darum dürfen wir als Revolutionär_Innen den religiösen, an einem Gott/Allah glaubenden Teilen der Arbeiter_Innenklasse nicht uninteressiert entgegenstehen.

Als Kommunist_Innen ist gleichzeitig der dialektische Materialismus unsere philosophische Grundlage, die daher im Widerspruch zu allen religiös-idealistischen Erklärungsansätzen steht. Das heißt jedoch nicht, dass nicht auch ein_e ehrliche_r Revolutionär_In sich rekreativ religiösen Ritualen widmen kann, wenn er_sie daraus Kraft schöpft. Religion bleibt also Privatsache, und wir sollten keine_n entschlossene_n Klassenkämpfer_In wegen seiner religiösen Vorstellungen zurückweisen.

Wofür wir aber einstehen und kämpfen müssen,

ist die unbedingte Trennung von Religion und Staat, egal ob man Atheist_In, oder religiös ist, das heißt: keine religiös inspirierten Gesetze, keine Finanzierung von religiösen Schulen, kein verpflichtender Religionsunterricht, keine Zurschaustellung religiöser Symbole durch öffentliche Einrichtungen (wie zum Beispiel Kreuze in Schulen) und die Offenlegung aller Finanzquellen von religiösen Institutionen. Trotz freier Religionsausübung darf niemand in seinen demokratischen Rechten eingeschränkt werden. Wir verteidigen jede Person, die auf Grund ihrer Religion diskriminiert wird und stellen uns gegen jede Diskriminierung, die mit religiöser Überzeugung gerechtfertigt wird.

Wir verteidigen das Recht von Muslim_Innen, ihre Religion auszuüben und Moscheen zu erbauen. Ebenso haben Frauen das Recht, sich zu verschleiern, auch mit einer Burka, wenn sie es wollen. Dass wir für diese Freiheit zur Ausübung ihres Glaubens eintreten, geht für uns

darüberhinaus Hand in Hand damit, gegen den Zwang zu kämpfen, dass sich Frauen und Jugendliche diesen oder jenen religiösen Vorstellungen wider eigenen Willens unterwerfen müssen.

In
unserem Kampf, den wir gemeinsam führen, verfallen wir nicht islamfeindlichen Gedanken, sondern rufen die Arbeiter_Innenbewegung dazu auf ihren muslimischen Geschwistern beizustehen, wo sie unterdrückt werden. Auf diese Weise kann die Arbeiter_Innenbewegung den Einwander_Innen und religiösen Minderheiten in den imperialistischen Ländern demonstrieren, dass sie die demokratischste und fortschrittlichste Kraft ist und kann dadurch auch dem Islam seine Führungsrolle streitig machen.

Atomwaffenverbotsvertrag: Ende des Schreckens?

Von Flo Schwerdtfeger

Jedes Wort über Frieden
in der Welt von den imperialistischen Staaten der Welt ist eine Lüge, wenn man nicht nur die Aufrüstung der letzten Jahre verfolgt, sondern auch einen Blick auf die bestehenden Arsenale von Atomwaffen wirft. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut schätzt, dass die Atommächte derzeit rund 13.400 Nuklearwaffen besitzen. 6000 davon sind jeweils bei den USA und Russland zu verbuchen. 4.000 davon jederzeit einsetzbar und 1.800 in höchster Alarmbereitschaft. Damit sind es zwar um das Fünffache weniger, als während der heißesten Phase des kalten Krieges, allerdings sind es immer noch genug um den Planeten in Schutt und Asche zu legen.

Neben den beiden genannten Staaten gehören noch Frankreich, Großbritannien und China zu den Staaten, die innerhalb des Atomwaffensperrvertrags liegen. Außerhalb dieses Vertrages sind Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel. Bei diesen vier Staaten ist bekannt gegenwärtig Waffen zu besitzen und zu produzieren.

Nach dem Einsatz der zwei Atombomben in Hiroshima und Nagasaki sah man zum Glück von weiteren kriegerischen Einsätzen ab. Allerdings hinderte es die Staaten nicht daran jahrzehntelang weiterentwickelte Bomben zu testen und dafür, wie im Falle der USA, Einheimische entschädigungslos von ihren Inseln zu vertreiben, um diese als Testgelände zu nutzen.

In der jüngeren Geschichte wurden im Kosovokrieg und Irak normale Geschosse und Bomben mit Uranummantelung eingesetzt, da sie dadurch härter und durchschlagskräftiger wurden. Auch wenn dies keine Atomwaffen mit Kernspaltung sind, kam es dazu, dass das Grundwasser in vielen Fällen verschmutzt wurde und nicht nur Soldat_Innen, sondern auch Zivilist_Innen an Strahlenkrankheiten erkrankten, da Uran beim Einschlag frei wurde.

Die moderne Doktrin für den Einsatz von Atomwaffen sieht vor schnell und gezielt agieren zu können. Nicht mehr mit städtevernichtenden Bomben, sondern mit gelenkten und kleinen Geschossen, die Bunker durchbrechen sollen und nur kleinräumig Schaden anrichten. Trotzdem kann sich daraus eine Eskalationsspirale entwickeln, die dann doch wieder in einem Atomkrieg endet.

Verträge gegen Kriege?

Dies zu verhindern versuchen mehrere Verträge, die den Einsatz, die Forschung oder den

Verkauf von Atomwaffen zumindest beschränken oder in Teilen verbieten. Hinzu kommen Verträge, die das teilweise Abrüsten der USA und Russland garantieren sollten. Letzterer ist allerdings 2019 ausgelaufen, da beide Staaten sich immer wieder Vorwürfe über Vertragsverletzungen machten.

Derzeit ist die Aufmerksamkeit aber auch auf den Atomwaffenverbotsvertrag gerichtet, der am 22. Januar 2021 in Kraft treten soll. Dieser beinhaltet ein allumfassendes Verbot des Besitzes, der Erforschung, Verbreitung und des Einsatzes von Atomwaffen aller Art. Die vorigen Verträge bezogen sich meist auf spezielle Gattungen, wie z.B. nur landgestützte Mittelstreckenraketen. Des Weiteren sichert es den Staaten aber auch die zivile Nutzung von nuklearem Material zu, z.B. für die Stromerzeugung durch Atomenergie. Die Unterzeichnenden verpflichten sich ebenfalls dazu das erlebte Leid der Hibakusha (Überlebende von Hiroshima und Nagasaki) und der Vertriebenen durch die Tests anzuerkennen und ihnen psychologische Hilfe zu gewähren, als auch wirtschaftliche Hilfe beim Wiederaufbau und der Dekontaminierung der Gebiete zu bieten.

Unterzeichner dieses Vertrages sind vor allem halbkoloniale Länder des globalen Südens, aber auch Länder ohne oder mit aufgegebenen Nuklearwaffenprogramm. Keine Atommacht oder Verbündeter dieser unterschrieb diesen Vertrag.

Entstanden ist der Verbotsvertrag als Folge aus dem bereits bestehenden Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV). Dieser wird dafür kritisiert nicht genügend Mittel zu haben seine Ziele umzusetzen und Fehlverhalten zu sanktionieren. Beispielsweise ist die schrittweise Abrüstung als Friedensbestreben der Atommächte dort deklariert, dass jedoch weder entscheidend kontrolliert werden kann und auch kaum stattfindet.

Das größte Problem ist jedoch, dass es auf freiwilliger Basis ist. Die Beschränkungen

gelten also nur für die Unterzeichnerstaaten, was teilweise witzlos ist, da diese ja meist gar keine Atomwaffen besitzen. Ziel ist es aber auch durch den Vertrag Druck auf die Atommächte auszuüben, diesem beizutreten. Allerdings boykottieren diese den Vertrag schon seit Jahren.

Den Vertrag innerhalb der UN und des Sicherheitsrates durchzusetzen und so rechtlich bindende Konditionen zu schaffen, erscheint ebenfalls unmöglich, da die offiziellen Atommächte (USA, RU, CH, UK, FR) diejenigen Mitglieder dort sind, die auch einen ständigen Sitz samt Veto-Recht inne haben. Ein Veto eines der 5 Staaten kann einen Antrag des Sicherheitsrates blockieren. Damit kann die Arbeit der 10 weiteren zweijährig wechselnden Mitgliedsstaaten zum Halten gebracht werden. Diese Erfahrung zeigt, dass die UN eine imperialistische Institution ist, auf die die Anti-Kriegsbewegung keine Hoffnung zu setzen braucht!

Kein Ende ohne Arbeiter_Innenklasse

Was in den Verträgen versucht wird festzuschreiben, ist zahnlos gegenüber den herrschenden Verhältnissen. Friedensverträge sind in der Vergangenheit entweder Ergebnisse eines Krieges gewesen, die den Sieg über den Besiegten, also die militärischen Machtverhältnisse politisch festschrieben oder aber sie wurden zur Verhinderung eines Krieges geschlossen. Wer in die Geschichte schaut, weiß: Oft waren Friedensverträge nur Vorboten des Krieges. Beim ersten wie dem zweiten Weltkrieg gingen zahlreiche Verträge dem Morden voraus.

Kriege sind die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Alle Nationen stehen in Konkurrenz zueinander, denn: Politik wiederum ist die Fortsetzung wirtschaftlicher Konkurrenz mit anderen Mitteln. Kapitalistische Staaten werden sich immer wieder um eine Aufteilung von Ressourcen, Absatzmärkten, Einflussgebieten usw. bekriegen müssen.

Deswegen: Echter
Antimilitarismus geht nur antikapitalistisch.

Was bedeutet:

- Für die
  entschädigungslose Enteignung der Rüstungsindustrien unter Arbeiter_Innenkontrolle
- Für die
  Zerschlagung sämtlicher bürgerlicher Armeen und imperialistischer Institutionen und Bündnisse (NATO, OVKS, Sicherheitspolitik der EU („Vertrag von Lissabon“), …)
- Für eine
  demokratische Arbeiter_Innenmiliz sowie die Rätemacht von Arbeiter_Innen und einfachen Soldat_Innen

- Gegen alle
  „Friedensverträge“, die doch nur die Unterdrückung der halbkolonialen Welt sichern oder den nächsten Krieg vorbereiten
- Für die
  Zerschlagung der UN – Ersetzung durch einen wähl- und abwählbaren
  Welt-Arbeiter_Innenrat als höchste Instanz
- Für die Abrüstung
  jeglicher nuklearer Bewaffnungssysteme durch demokratisch kontrollierte Komitees der Arbeiter_Innenklasse
- Keine zivile Nutzung
  von spaltbarem Material – Atomkraft ist keine nachhaltige Zukunftstechnologie

Kampf dem antimuslimischen Rassismus! Wir lassen uns nicht durch Terror spalten!

REVOLUTION Austria, 9. November 2020

Der Terroranschlag vom 2. November war und ist weiterhin ein großer Schock für uns alle. Unsere volle Solidarität und Anteilnahme gelten den Betroffenen und Angehörigen. Gleichzeitig müssen wir auch leider feststellen, dass das politische Klima seither gerade für Muslim_Innen bzw. jene die als solche wahrgenommen werden äußerst beängstigend geworden ist. Ob auf der Straße, auf sozialen Netzwerken oder in den politischen Antworten der Regierungsparteien – überall ist zu sehen, wie Hass und Hetze sowohl unterschwellig als auch in ganz offener Form zunehmen. Daher legen wir den folgenden Artikel aus dem vergangenen Jahr in einer aktualisierten Fassung neu auf. Wir lassen uns durch den Terror weder spalten noch einschüchtern – der Kampf gegen Terrorismus muss mit dem antirassistischen Kampf Hand in Hand gehen.

Der antimuslimische Rassismus erlebt seit Jahren einen enormen gesellschaftlichen Aufschwung. Es ist auch längst kein Problem mehr, das sich auf rechte bis rechtsradikale Fanatiker_Innen beschränkt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das die sogenannte politische Mitte ebenso betrifft, und selbst in linken Spektren ein großes Problem darstellt. Mittlerweile sind wir an einem Punkt, an dem rassistische Übergriffe gegen Muslim_Innen und im Speziellen gegen muslimische Frauen, zur tagtäglichen Realität geworden sind. Vor allem jetzt nach dem Anschlag fluten schockierende Berichte über ekelhafte Angriffe und Diskriminierung die sozialen Netzwerke. Von tätlichen Angriffen, Beschimpfungen auf offener Straße, bis hin zu Schweinekadavern die an Orten hinterlassen werden, wo

Muslim_Innen sich befinden ist alles mit dabei. In Kärnten zwang sogar eine Lehrkraft eine muslimische Schülerin ein Referat über Terrorismus zu halten und sich dabei ausdrücklich davon zu distanzieren, so als ob sie dafür verantwortlich wäre. Das ist rassistisch, ekelhaft und psychischer Terror. Die Situation war davor ohnehin schon nicht einfach. Das hat auch der 2019 veröffentlichte Report der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus deutlich belegt: Von 2017 auf 2018 gab es einen Anstieg von 74% (!) der dokumentierten rassistischen Vorfälle und ganze 83% richteten sich gegen Frauen. Doch woher kommt der antimuslimische Rassismus? Was sind seine besonderen Qualitäten?

Der
moderne antimuslimische Rassismus ist ein relativ neues Phänomen. Zugleich wurzeln viele der heute präsenten Bilder jahrhundertelang in die europäische Geschichte zurück. Darstellungen des sogenannten Orients als primitiv, rückständig und despotisch im Vergleich zum modernen und aufgeklärten Westen oder das in Europa verbreitete Schreckbild des expandierenden Osmanischen Reiches als Bedrohung des christlichen Abendlands haben eine lange Geschichte und werden im modernen antimuslimischen Rassismus oftmals wieder aufgegriffen und auf die „Rasse“, „Natur“ oder „Kultur“ der Betroffenen zurückgeführt.

Mit dem „Krieg gegen den Terror“ ab Anfang des Jahrtausends wurden in Europa alte Feindbilder wie Rassismus gegen Osteuropäer_Innen oder Jüd_Innen vermehrt durch einen Rassismus gegen Muslim_Innen abgelöst. Rassismus selbst hat seinen Ursprung im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts in dem weiße Europäer_Innen den “unterentwickelten Völkern” vermeintlich Kultur und Zivilisation bringen würden. Natürlich ging es aber darum die brutale Ausbeutung und Versklavung sowie die hierarchische Überlegenheit zu legitimieren und zu festigen. Dabei hatte auch der antimuslimische Rassismus im Zuge der Kolonisierung der islamischen Welt seine Funktion als Rechtfertigungsideologie zu erfüllen. Ein angeblich seit Jahrhunderten existierender Kulturkampf wie er teilweise von Rechten wie u.a. den Identitären oder dem Christchurch-Attentäter beschworen wird, ist reine Fiktion. Willkürlich werden geschichtliche Ereignisse wie die

Türkenbelagerungen oder die Reconquista zu einem geschichtlichen Motiv vermischt. Mit historischer Realität hat das wenig zu tun. Die allermeisten und auch die blutigsten Kriege wurde nämlich nicht zwischen Europa und dem Islam ausgefochten, sondern zwischen den diversen europäischen Mächten.

Die Gefahr einer angeblichen ständigen Bedrohung einer Invasion oder Umvolkung ist nicht ohne Grund auch ein Bild das häufig von rechten, wie der FPÖ, AfD, Identitären etc. quasi in einer Dauerschleife gebracht wird. Dabei spielt die tatsächliche Religionszugehörigkeit oder -ausübung keine Rolle. Die Betroffenen werden als homogene Masse bzw. als „Rasse" wahrgenommen. Um ihren Rassismus zu verschleiern versteckt man sich dann oft hinter kulturalistischen Verklärungen, die dann von deren Werten, Bräuche, Traditionen etc. sprechen, wo jedoch klar ist, dass die Begriffe nur den verpönten Rassebegriff ersetzen. Rassistische Übergriffe werden auch so gut wie nie als solche behandelt, sondern unter dem Deckmantel der Fremdenfeindlichkeit verharmlost. Nun ist es aber so, dass nur bestimmte „Fremde" angegriffen werden. Weiße Europäer_Innen mit anderen Staatsbürger_Innenschaften sind nicht Ziel von Übergriffen; der Begriff Fremdenfeindlichkeit verschleiert echten Rassismus. Gerade in Bezug auf Religion wird auch oft das Argument gebracht, dass man nicht von Rassismus sprechen könne, weil Religion eine individuelle Entscheidung bzw. keine biologische Tatsache ist. Das Individuum und sein Verhalten spielt aber kaum eine Rolle. Betroffene werden auf Basis rassistischer Kategorien (Aussehen, Kleidung, Sprache etc.) als solche wahrgenommen und diskriminiert, unabhängig davon ob und wie religiös sie nun tatsächlich sind. Bei Übergriffen werden die Betroffenen ja auch nicht im Vorhinein gefragt wie sie es nun mit der Religion halten würden. Das öffentliche Ausleben der Religion bzw. das Tragen religiös konnotierter Kleidung erhöht jedoch beträchtlich die Gefahr rassistisch angegriffen zu werden und führt zu einer Situation in der Betroffene oftmals sich nicht mehr trauen in die Öffentlichkeit zu treten, wie auch die Gegenwart gerade auf erschreckende Art und Weise zeigt.

Eine Besonderheit des antimuslimischen Rassismus ist die Verschränkung

mit dem Terror. Insbesondere seit 9/11 kann man einen qualitativen Umbruch beobachten. Sicherheitspolitik, Verschärfungen im Flugverkehr etc. wurden stets mit einer „islam(isti)ischen Gefahr“ in Verbindung gebracht. Durch die ständige mediale Verschränkung, dem sog. Framing, wurde ein Bild geprägt, das den Islam als „böse Terrorreligion“ darstellt, und Betroffene unter den Generalverdacht, Terrorist_Innen zu sein, stellt. Letztes Jahr sprach die FPÖ unter ihrem damaligen Parteichef H.C. Strache bspw. davon, dass es in Wien „150 islamische Kindergärten, wo mit Hasspredigten die Kinder zu Märtyrern erzogen werden sollen“ gäbe.

Es ist unglaublich frustrierend mitzuverfolgen, wie auch aktuell viele Muslim_Innen sich in der Rolle sehen sich für diesen Anschlag entschuldigen zu müssen oder überhaupt erst bezeugen zu müssen, dass man diesen Terror ablehnt. Der Anschlag galt uns allen, und trotzdem attackierten viele Menschen Muslim_Innen, die ihre Anteilnahme, Trauer oder Angst ausdrückten. Schlimmer noch nutzen gerade Rechte wie die FPÖ oder die Identitären den Anschlag um ihre rassistische Propaganda zu befeuern.

Die zutiefst rassistischen und reaktionären Antworten auf solche Anschläge verschleiern zudem das Muslim_Innen selbst am allermeisten betroffen sind von extremistischen Terror. Von 2001 bis 2014 sind in Westeuropa 420 Menschen durch Terror gestorben. Allein im Irak sind in demselben Zeitraum 42.759 Menschen wegen Anschlägen gestorben. In Afghanistan waren es 16.888, in Pakistan 13.524, in Nigeria 11.997 – die Zahlen zeigen eindeutig: Weder ist es so, dass der “islamistische” Terror die größte Gefahr Europas sei (es ist statistisch um einiges wahrscheinlicher in einen tödlichen Autounfall zu geraten als durch einen Terroranschlag zu sterben), noch ist es so, dass es ein Kampf zwischen dem „Islamismus“ und dem Westen ist. So fand auch am selben Tag in Afghanistan ein widerwärtiger Terroranschlag auf dem Gelände der Universität Kabul statt, bei dem über 35 Menschen ums Leben gekommen sind.

Sicherlich mögen Zahlen, Vergleiche und Wahrscheinlichkeiten den Betroffenen hier aktuell wenig bringen, doch eins ist klar: Wir dürfen uns jetzt nicht spalten lassen, denn das spielt dem IS in die Hände und schafft nur noch mehr Nährboden für seine Ideologie. Der

Anschlag hat Menschen das Leben gekostet, viele traumatisiert und ein Klima von Angst und Verunsicherung geschaffen. Die Frage nach den Ursprüngen von Terroranschlägen und wieso nach außen hin diese scheinbar fast immer im Namen des Islams ausgeübt werden, beschäftigt gerade viele. Dem müssen wir zweierlei entgegnen.

Erstens liegens die Ursprünge von Terrororganisationen und Netzwerken wie Al-Qaida oder dem IS in Ländern wie dem Irak, Afghanistan, Syrien etc. also allesamt Regionen die durch jahrelange imperialistische Kriege (man denke bspw. an den Irak-Krieg wo es primär um geopolitische sowie US-amerikanische Erdölinteressen ging) nahezu komplett zerstört und zerbombt wurden und Generationen an Menschen hinterließen, die jegliche Perspektive verloren haben. Die desaströse politische, wirtschaftliche und soziale Lebensrealität der Betroffenen bietet einen Nährboden, unter dem sich Menschen schnell radikalisieren lassen, den Terrorrist_Innen auch bewusst ausnutzen. Ihre Ideologie gibt solchen Menschen vermeintliche Erklärungen für die Zustände unter denen sie leben müssen und eine übergeordnete Identifikation mit einem höheren Ziel dem sie ihr Leben nun wieder verschreiben können. Der absolute Großteil der in diesen Regionen ansässigen Zivilbevölkerung lehnt aber diese Netzwerke und Organisationen komplett ab, da sie die Länder genauso mit Terror, Tod und Schrecken übersäen.

Zweitens mag nach außen die Ideologie des IS, der Dschihadismus, sich zwar als Religion präsentieren, doch hier muss in aller Klarheit gesagt werden, dass es sich nur einen Deckmantel handelt. Es geht hier um beinharte politische Machtansprüche und ideologische Kämpfe. Viel eher muss man sagen, dass der Dschihadismus den Islam, so wie er von Muslim_Innen weltweit ausgeübt wird, eigentlich fast gänzlich ablehnt. In vielen ideologischen Schriften sehen sie Muslim_Innen, als die weitaus schlimmeren Feinde als bloße „Ungläubige“. Sie gelten als Verräter an der Sache, Sünder und als ideologische Gefahr, zumal die meisten offiziellen islamischen Institutionen und Glaubensgemeinschaften allesamt den Dschihadismus verurteilen.

Das

Religionen als Vehikel für politischer Machtkämpfe genutzt werden, ist auch keine Neuheit in der Menschheitsgeschichte. Gerade das Christentum hat eine lange Geschichte von Kreuzzügen, und kriegerischen Auseinandersetzungen – der dreißigjährige Krieg oder auch in jüngerer Geschichte der Nordirlandkonflikt können hierfür als Beispiele dienen. Auch die Methode des Terrors ist keine Eigenheit des Dschihadismus. In der Region um Uganda verübt die „Lord‘s Resisstance Army“ seit den 80ern regelmäßig Terroranschläge mit dem Ziel einen christlichen Gottesstaat zu etablieren. In den 90ern machte eine in Asien ansässige religiöse Gruppe, die dem Shintoismus-Buddhismus zuzuordnen ist, durch Giftgasanschläge in Tokyo auf sich aufmerksam. Der seit Jahren fortlaufende Rechtsruck in Europa hat auch hier zufolge gehabt, dass es zu mehr rechtsradikalen Terroranschlägen (wie in Utöya, Christchurch oder Hanau) kam – die Täter sprachen in ihren Manifesten auch stets davon, das christliche Abendland retten zu müssen.

Um es nochmal
zu betonen, die inhaltliche Qualität von Religionen spielt dabei kaum eine Rolle für den Terrorismus, da sie primär politische Ideologien sind, die Religionen als Deckmantel und Projektionsfläche nutzen. Unsere Aufgabe muss sein solidarisch gegen religiösen Terror zu kämpfen und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme anzusprechen, die dahinterstecken. Ein konsequenter Kampf gegen den Terror kann daher auch nur internationalistischer und vor allem antiimperialistischer Kampf sein!

Zurück zum antimuslimischen Rassismus, denn eine weitere Besonderheit sieht man bei dem Vergleich mit rechtsradikalen Terroranschlägen. Während bei jedem “islamistischen” Terroranschlag die Täter_Innen als diabolische Märtyrer_Innen bezeichnet, alle rassistischen Klischees ausgepackt und wiederum die größte Gefahr für Europa beschworen wird, wird bei rechtsradikalen Anschlägen ungemein verharmlost und psychologisiert. Rechtsradikale Anschläge, wie der des Attentäters von Christchurch, der bei einem Angriff auf zwei Moscheen 50 Menschen tötete, werden als individuelle Tragödien dargestellt. Die Taten werden entpolitisiert, und mehr

als Ergebnis psychologischer Probleme verklärt. In der Berichterstattung wird nach der Kindheit, der Lebensgeschichte etc. gefragt und es entsteht letztlich der Eindruck, dass solche Täter_Innen bemitleidenswerte Opfer der Gesellschaft wären. Es passt nun mal nicht in das jahrelang von Medien und Politiker_Innen geschaffene Bild des „islamistischen“ Terrors, dass auch rechtsradikale und christlich geprägte Menschen Terroranschläge ausüben. Das Leid der wahren Betroffenen geht dabei komplett unter. Die Message ist klar: Die Betroffenen sind weniger wert, ihr Leid unwichtiger, weil sie nun mal nicht zu dem völkisch bzw. rassistisch gedachten „uns“ gehören. Außerdem wird die Gefahr des Faschismus deutlich und bewusst verklärt, der deutliche Anstieg verschwiegen und der politische Kontext des internationalen Rechtsrucks verschleiert.

Antimuslimischer
Rassismus, ob in Österreich oder anderswo, muss bekämpft werden – gemeinsam, solidarisch und internationalistisch. Wir dürfen uns nicht in rassistische, völkische oder nationalistische Kategorien spalten lassen – auch jetzt angesichts des Terroranschlags erst recht nicht – und müssen stattdessen aufzeigen, dass die sozialen und ökonomischen Probleme in unserer Klassengesellschaft wurzeln. Wir müssen an den Orten wo wir uns befinden, egal ob Schule, Uni oder Arbeit uns organisieren und dürfen zugleich den internationalen Rechtsruck und die rassistischen Angriffe nicht mehr so einfach hinnehmen. Antirassistisch zu sein, bedeutet auch konsequent Widerstand zu leisten und dem antimuslimischen Rassismus den Kampf anzusagen!

„Lesbos ist für uns ein

Gefängnis!“

**„Lesbos ist für uns ein Gefängnis!“Nach dem Brand im Lager Moria: Das vieler Geflüchteter
hat sich trotz hehrer Versprechen weiter verschlechtert. Wir sprachen vor Ort
mit Bahal über die aktuelle Situation auf der griechischen Insel Lesbos.**

REVO: Die Lage auf der Insel ist nach dem Brand in Moria besorgniserregend. Aber kannst du zuerst erzählen, wie dein Leben auf der Insel bisher verlaufen ist, ehe wir über die aktuelle Situation sprechen?

Als ich damals mit meiner Familie auf einem Schlauchboot mit
35 weiteren Menschen von der Türkei auf die griechische Insel Lesbos gekommen
bin, war ich 21 Jahre alt. Heute bin ich 25 und ich habe das Gefühl, den Großteil dieser Zeit allein mit Warten verbracht zu haben: Stundenlanges Warten
in der Essensschlange auf eine Mahlzeit; Warten auf eine freie Toilette; Warten, dass wieder ein Monat vorbei ist, damit ich die rationierte Dusche benutzen darf; Warten, dass ich aus der Zelle entlassen werde, in die ich grundlos
inhaftiert wurde; Warten, dass die Nacht vorbei geht, die mich vor Angst nicht
schlafen lässt; Warten bis mein Asylantrag bearbeitet wird.

REVO: Wo hast du in dieser Zeit des Wartens gelebt?

Über mehrere Jahre hinweg haben meine Familie und ich in
einem Zelt in „Moria“, dem größten Camp der Insel, gelebt. Neben mangelnder
Nahrungsversorgung und schlechten Hygienebedingungen hatte ich dort als Frau
zusätzliche Probleme. Sexuelle Gewalt ist nämlich Alltag im Camp: Ob durch

nächtliche Überfalle oder in der Essensschlange. Ich habe mich nicht getraut,
nachts auf die Toilette zu gehen.

REVO: Wo lebst du heute und hat sich deine Situation dort verändert?

Seit 3 Monaten wohnen meine Familie und ich im
selbstorganisierten Camp „PIKPA“. Solidarische Inselbewohner und Geflüchtete
haben das Camp vor einigen Jahren zusammen aufgebaut und für bis zu 100 Menschen
dort einen Ort zum Leben geschaffen. Und mit „Ort zum Leben“ meine ich wirklich
einen Ort, an dem ich mich halbwegs sicher fühle. Dieses Gefühl hatte ich, seitdem ich in Europa bin, noch nie. Ich konnte viel Kraft aus meiner neuen Lebenssituation schöpfen. „PIKPA“ bedeutet für mich, dass „Moria“ nicht alternativlos ist. Das Camp wurde speziell für besonders schutzbedürftige Menschen wie schwangere Frauen, Menschen mit Behinderung, Familien mit mehreren
kleinen Kindern und Opfer von Folter errichtet.

REVO: Der griechische Migrationsminister Panagiotis Mitarakis hat vor Kurzem verkündet, „PIKPA“ bis zum 31.10.20 räumen zu wollen. Sein Ziel scheint es zu sein, jede menschlichere Alternative zu „Moria 2.0“ aus dem Weg zu räumen. Wie haben du und die anderen Bewohner_innen diese Ankündigung aufgenommen?

Ich würde sagen, dass ich seit einer Woche nur weine, aber
dafür reichen meine Tränen nicht. Seitdem wir davon gehört haben, müssen wir
nun auch hier in Angst und Verzweiflung leben. Unsere Sorge ist groß, dass wir
nun auch im neu errichteten Camp „Moria 2.0“ untergebracht werden. Niemand
sollte in diesem Gefängnis leben müssen und umso gefährlicher ist es dort für

die Leute aus „PIKPA“, die eigentlich besonders schutzbedürftig sind.

REVO: Nachdem das ursprüngliche Massencamp „Moria“ im September dieses Jahres abgebrannt ist, haben die griechischen Behörden mit Hilfe der EU ein neues Camp („Moria 2.0“) auf einem ehemaligen Schießübungsplatz des Militärs errichtet. Über 10 000 Menschen wurden bereits dort untergebracht. Was weißt du über die Situation dort?

Im Gegensatz zum abgebrannten „Moria-Camp“ wurde das provisorische Zeltlager als eine geschlossene Einrichtung gebaut. Die Bewohner dürfen es nur mit schriftlicher Ausgangserlaubnis verlassen. Ihre Situation hat sich deshalb sogar noch verschlimmert. Die ärztliche Versorgung wurde bis auf ein Team, das für Corona-Tests zuständig ist, quasi eingestellt. Es herrscht ein großes Chaos und die griechische Polizei agiert sehr respektlos gegenüber den Bewohnern. Freunde von mir, die nun dort wohnen müssen, durften sich noch kein einziges Mal duschen. Hinzu kommt, dass es auch sehr wenige Toiletten gibt, was angesichts der Pandemie-Gefahr ein besonders großes Problem darstellt.
Mittlerweile gibt es mehrere hundert Infizierte im neuen Camp.

REVO: Obwohl die EU und die griechische Regierung den Geflüchteten auf Lesbos nach dem Brand in „Moria“ versprochen haben, die Situation zu verbessern, haben sich eure Lebensbedingungen tatsächlich verschlechtert. Was würdest du den EU-Politiker_innen gerne sagen?

Ich würde mir wünschen, dass diese Leute mal einen einzigen Tag in „Moria 2.0“ verbringen. Vielleicht würde das ihre Meinung ändern. Die ganze Insel Lesbos ist für uns ein Gefängnis. Doch wir haben nichts verbrochen. Niemand hat es deshalb verdient, hier eingesperrt zu werden. Wir haben ein

Recht auf Bildung, Arbeit, Sicherheit und ein Dach über dem Kopf. Für alle Geflüchteten auf den griechischen Inseln sollte es die Möglichkeit geben, sicher auf das Festland weiterreisen zu können!

Interview erschien zu erst in der Jungen Welt vom 7.10.2020, Online unter: https://www.jungewelt.de/artikel/387801.festung-europa-lesbos-ist-f%C3%BCr-uns-ein-gef%C3%A4ngnis.html

---

Betrachtet: Zwei Halbkolonien

Leila Cheng

Teil 1: Belarus (Stand Mitte September 2020)

Wie sind die Auswirkungen von Pandemie und Wirtschaftskrise?

- In den letzten Jahren wurden viele arbeiter_Innenfeindliche Maßnahmen und Gesetze beschlossen. Zum Beispiel müssen Arbeitslose Sondersteuern zahlen, unbefristete Verträge in Staatsbetrieben wurden in befristete umgewandelt, Kürzungen in Gesundheits- und Bildungswesen durchgeführt und das Renteneintrittsalter erhöht. So konnten die Kosten der Krise auf die Arbeiter_Innen abgeladen werden.
- Die diktatorische Einzelherrschaft Lukaschenkows (Präsident) und konsequente Wahlfälschungen stechen Oppositionskanditat_Innen seit jeher aus.
- Die Coronapandemie wurde von Lukaschenkow als vermeintliche „Psychose“ abgetan. Dabei hatte er selbst Corona und inszenierte sich als Musterpatient für einen unkritischen Krankheitsverlauf.
- Das Thema spielt aber aufgrund offiziell niedriger Fallzahlen jedoch eine eher untergeordnete Rolle.

Warum ist das so?

- Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde Belarus im Gegensatz zu vielen anderen ehemaligen Ostblockstaaten nicht neoliberal umgestaltet. Eine Kaste aus ehemaligen Sowjetbürokrat_Innen herrschte deshalb weiter (verwalten jetzt kapitalistische Unternehmen, staatlicher Sektor hat noch 50 Prozent am BiP).
- Lukaschenkow selbst ist seit 1994 an der Macht und hat schon mehrfach Oppositionelle ermorden lassen.
- Somit steht Belarus in ständiger Abhängigkeit und in der Konkurrenz zwischen dem russischen und westeuropäischen Imperialismus.
- Hinzu kommt eine starke Auslandsverschuldung in den letzten Jahren, eine Währungskrise und die Abhängigkeit von russischen Subventionen.

Welche Proteste gibt es?

- Massendemonstrationen (100.000 Menschen in der Hauptstadt Minsk) im ganzen Land werden gewaltsam unterdrückt. Ebenso fanden große Arbeiter_Innenstreiks z. B. in der Metall -, Autoindustrie sowie in der Metro und in Telekommunikationsunternehmen statt.
- Hauptforderung ist die Offenlegung der Wahlfälschung. Oppositionskandidatin Swetlana Ziachanouskaja soll die Nachfolge Lukaschenkows antreten. Daneben wird ein Ende der Misshandlung von Gefangenen und der Gewalt gegen friedliche Demonstrant_Innen auf den Straßen gefordert.
- Lukaschenkow bezeichnet die Bewegung als Farbenrevolution (revolutionäre Bewegung, die von den USA gestützt, finanziert oder sogar unterwandert wird, weil sie deren Interessen dient). Das kann man der Bewegung zwar nicht vorwerfen, jedoch dominieren darin tatsächlich die bürgerlichen, neoliberalen Kräfte die Proteste.
- Die ins Ausland geflohene Oppositionskandidatin fordert einen nationalen Koordinierungsrat mit allen Kräften der Opposition, um den alten Machtapparat abzulösen

Wie können die Kämpfe erfolgreich sein?

- Es
  braucht eine revolutionäre Massenbewegung mit proletarischer Ausrichtung, die nicht auf die Bürgerlichen vertraut. Mit ihnen wird die Bewegung nur zum Ausverkauf des Landes führen. Das wird die Klassengegensätze verschärfen, selbst wenn die Abhängigkeit vom russischen Imperialismus schwindet, wird sich die Halbkolonie dem EU-Imperialismus unterordnen müssen.

- Doch
  um das zu erreichen, muss sich die Arbeiter_Innenklasse eine Führung
  schaffen, die das Mittel des Streiks bis hin zum Generalstreik anwendet, und Massen von Arbeiter_Innen in allen Sektoren organisiert. Diese Führung muss jederzeit von den Arbeiter_Innen wähl- und abwählbar sein und darf keine wirtschaftlichen Privilegien genießen

- Wichtig
  ist es dafür, sich in den noch aus der Sowjetunion existierenden Kolchosen (Genossenschaften), den Betrieben und den Arbeiter_Innenvierteln zu organisieren und diese auch gegen Polizei und Militär zu bewaffnen. Diese müssen im
  Gegenzug entwaffnet und durch demokratische Arbeiter_Innenmilizen
  ersetzt werden.

- Darüber
  hinaus fordern wir alle progressiven Kräfte in den umliegenden Ländern Osteuropas und weltweit dazu auf, ihre Kämpfe miteinander zu verbinden. Gemeinsam mit dem russischen Proletariat kann diese Bewegung gegen den imperialistischen Einfluss Russlands und zugleich
  auch gegen die neoliberale Restauration kämpfen. Im
  Sturz des russischen Imperialismus läge die Chance ein sozialistisches System in Belarus und in ganz Osteuropa zu schaffen.

Teil 2 morgen: Bolivien